



BÜRGERLISTEN ~~Ö~~Ö

BÜRGERINNEN- UND BÜRGER-ZEITUNG 01

1. Aktuelles

- Vorwort Obmann
Dr. Martin Gollner
- Vorwort Obmann Stv.
Fritz Nobis
- Vorwort Leiter pol. Akademie
Christian Aichmayr
- Vorläufige Themen zur
Diskussion am 12.6.20
- Pressetexte
- Bezirkssprecher
- Foto Impressionen
- Bescheid Parteienförderung B
- Referenten Fortbildung
Wels 29.2.2020
- Vortrag 1 - Dr. Eichert
- Vortrag 2 - Aichmayr
- Vortrag 3 - Dr. Gollner
- Vortrag 4 - DI Bräuer

2. Berichte von Bürgerlisten

- Gerhard Schmid NR a.D.,
Elixhausen
- Bürgerlisten u. Bauern - UBV
- Dr. Gollner, Peuerbach
- Siegfried Brenn, Gafrenz
- Johann Eberherr, St. Pantaleon

3. Veranstaltungen - Ankündigungen

Vorwort Obmann Dr. Martin Gollner

Es sind die vielen Meinungen, die Meinungen ohne Eigeninteressen, die mir an den Bürgerlisten gefallen.

Der Weg, die Beweggründe für eine Bürgerliste führten zur Gründung einer politischen Interessensgemeinschaft.

Jede Meinung ist wichtig, und vorrangig geht es uns natürlich um den Gemeindegänger und die Gemeindegängerin.

Es geht uns um die Vernetzung, nicht nur im Kleinen, sondern auch über die Gemeindegrenzen hinaus.

Unser gemeinsamer Weg der Bürgerlisten Oberösterreich, haben wir mit dem Netzwerk aus 50 Bürgerlisten und seinen 23 Mitgliedern im Land Oberösterreich begonnen und hoffen, dass der gute Zusammenhalt auch weiterhin funktioniert. Und natürlich, dass sich auch die restlichen Bürgerlisten bzw. Splittergruppen dafür entscheiden, von unserer Zusammenarbeit zu profitieren.

Der Vorstand der BLOÖ versucht für jeden hilfreich zur Seite zu stehen. Wir haben unter anderem eine Fortbildungsreihe gestartet um Bürgerlisten die Gemeindegängerarbeit zu erleichtern, bereits 6 Servicebriefe verfasst um Anliegen und Fragen der Bürgerlisten zu beantworten und gemeinsame WhatsApp Gruppen für rasch Beantwortete Anliegen. Erstmals wurde in Zeiten von Corona auch eine Videokonferenz abgehalten, in welcher alle 50 Bürgerlisten eingeladen wurden, um sich auch in dieser Zeit optimal austauschen zu können.

Es konnte gemeinsam letztes Jahr ein Statut erarbeitet werden, sodass wir die Parteienförderung B erhalten haben. Zurzeit wird am gemeinsamen Themenheft der Bürgerlisten OÖ gearbeitet. Es fußt auf dem Grundsatzpapier, welches die Arbeitsgruppe im Jänner erarbeitet hat und bei der Vorstandssitzung im Hotel Ploberger einstimmig beschlossen wurde. Um wirklich jeden Einwand und Wunsch einer Änderung durchführen zu können, haben wir ein Onlineprogramm das „E-Comitee“ angeschafft. In diesem Programm kann jede Bürgerliste einsteigen und an einem Text mitarbeiten. Bitte nehmt dies auch wahr und scheut euch nicht unsere Parteisekretärin um Hilfe zu bitten, wenn sich jemand nicht auskennt.

Unser Ziel ist die gemeinsame Stärke im Land Oberösterreich und nicht nur in den Gemeinden.

Wir bauen auf unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, welche völlig unabhängig und ohne Parteizwang ihre gewohnte, professionelle Arbeit in der Kommunalpolitik leisten.

Ich wünsche Euch einen schönen und erholsamen Sommer!

Euer
Martin Gollner
Obmann der Bürgerlisten Oberösterreich

Vorwort Obmann Stv. Fritz Nobis

Gemeinsam für mehr Demokratie in unseren Gemeinden!

Demokratie braucht Bürgerlisten. Mehr als je zuvor. Was wir in den letzten Jahren beobachten, ist eine besorgniserregende Erosion des Vertrauens der Menschen in die Politik und in demokratische Institutionen.

Dahinter steckt, dass viele BürgerInnen denken machtlos zu sein, dass Politik lediglich eine Päckerei von „denen da oben“ ist. Gerade hier können wir Bürgerinitiativen einen enorm wichtigen Beitrag leisten. Wir erreichen auch die Politikverdrossenen und die vermeintlich Unpolitischen. BürgerInnen erfahren bei uns wie Demokratie funktioniert. Sie erleben, dass sie mitbestimmen und etwas bewirken können.

Was Bürgerinitiativen so viel attraktiver als etablierte Parteien macht? - Dass bei uns Politik ohne ideologische Scheuklappen gemacht wird! Entscheidungsprozesse funktionieren sehr unmittelbar und auf der Basis des gemeinsamen Abwägens von Interessen und Sachargumenten.

Ich sehe unsere wichtigste Aufgabe darin, Rückhalt für engagierte BürgerInnen und Anlaufstelle für neue und bestehende Bürgerinitiativen zu werden.

Niemand muss das Rad neu erfinden. Lasst uns voneinander lernen! Durch den Austausch von Wissen, Ideen und ein tragfähiges Netzwerk sorgen wir dafür, dass wir in Zukunft noch mehr Menschen ansprechen und unsere Bewegungen sich erfolgreich im Wettbewerb mit den etablierten Parteien behaupten können.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg und freue mich auf eine befruchtende Zusammenarbeit

Euer
Fritz Nobis
Obmann Stellvertreter der Bürgerlisten Oberösterreich

Mut zur Individualität

Wenn mich jemand fragt, warum ich mich in meinem kommunalen politischen Engagement immer in Bürgerlisten engagiert habe, kann ich nur antworten: „In diesen Gruppierungen war stets die Voraussetzung gegeben, ich kann in einer Sache immer sachlich entscheiden – auf Grund des Bildes, welches ich mir persönlich nach entsprechenden Informationen machen konnte. Denn es war immer klar – es gibt keinen Fraktionszwang, was ein absolutes „Muss“ für mich ist.

Der Grundsatz des freien Mandates ist ja, dass man in dieser Funktion primär seinem Gewissen verantwortlich ist. Gelebt wird das im Regelfall bei allen politischen Parteien anders. Schert jemand aus und stimmt nicht mit seiner Fraktion mit, ist im Regelfall Feuer am Dach. Die ehemalige SPÖ-Abgeordnete Daniela Holzinger galt bei ihrer damaligen Partei – weil sie sich immer wieder erlaubte, ihre eigene Meinung zu vertreten - rasch als Rebellin. Mit ihrem Parteiaustritt und ihrer nachfolgenden Kandidatur bei der „Liste Pilz“ bzw. „Jetzt“, die von ihrem Selbstverständnis her diesen Klubzwang nicht vorgab, zog sie ihre logische Konsequenz.

„Politik im Hohen Haus wäre für ihn nur mehr Zeitverschwendung“ befand Alfred Noll, der bei der letzten Nationalratswahl für „Jetzt“ auch deshalb gar nicht mehr kandidierte. Bestenfalls sei es in Pausengesprächen möglich, persönliche Meinungsäußerungen in Diskussionen von den Abgeordneten der anderen Parteien zu hören – bei der Abstimmung beugen sich diese dann den Abstimmungsvorgaben ihres Klubs.

Im Alter von 16 Jahren bin ich in Hermann Hesses Buch „Narziß und Goldmund“ auf ein Zitat gestoßen, welcher mein Leitsatz für mein Leben wurde: „Wer stärker individualisiert ist muss erkennen, dass das Leben ein Kampf zwischen Opfer und Trotz, zwischen Anerkennung der Gemeinschaft und Rettung der Persönlichkeit ist“!

Die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft ist nicht durch Jasager, Abnicker, Bücklinge und Trittbrettfahrer passiert. Lebendigkeit, und Kreativität entsteht durch Individualität. Und es braucht notwendigerweise immer wieder auch unorthodoxe Ideen, Zugänge und Überlegungen, die eben nicht nur durch die Interessen von einzelnen Interessensgruppen gesteuert sind. Oft erfordert es Mut, sich Strömungen oder vorgegebenen Selbstverständlichkeiten zu widersetzen. Manche Entscheidungsfindungen dauern damit auch länger. Toll ist es, wenn es im wertschätzenden Diskurs gelingt, Lösungen zu schaffen, bei denen dann zu hören ist: „Gut dass wir uns die Geschichte von mehreren Seiten angeschaut haben“. In Erinnerung bleibt mir eines der schönsten Komplimente: „Danke, habe viel gelernt von Dir“!

Euer

Christian Aichmayr

Leiter der politischen Akademie der Bürgerlisten Oberösterreich

für Freiheit und Verantwortung der Bürgerlisten Oberösterreich (BLOÖ)

Die **Freiheit** macht die Würde eines Menschen aus.

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Menschenwürde und Menschenrechte sind unverletzlich und unveräußerlich.

Das Recht ist für die Menschen da und geht vom Volk aus.

Gleichheit vor dem Gesetz,

Brüderlichkeit in unserem Handeln.

In der Gemeinde haben wir unsere Wurzeln.

Ein gemeinsames Europa ist die Zukunft unserer Kinder.

Das ist unsere **Verantwortung**,

auf dass wir lange leben und es uns wohlergehe.

Bildung und Wissenschaft

- Chancengleichheit aller Menschen unabhängig von sozialer Herkunft
- Bildungschancen unabhängig von Finanzkraft der Eltern
- Uneingeschränkter Zugang zu neuen Medien ohne Zensur
- Ausbau von bedarfsgerechten, ganztägigen Betreuungsangeboten
- Gebührenfreie Bildungseinrichtungen

Europa und Migration

- Europa als Friedensprojekt begreifen
- Limitierung der Zuwanderung je nach wirtschaftlichen und humanitären Erfordernissen

Finanzen und Steuern

- Profite von Investoren und Spekulationsgewinne für frei zugängliche betreute Parkanlagen besteuern
- Vereinfachung des Finanzausgleichs und Stärkung der Gemeinden
- Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels
- Jährliche Valorisierung bei Werbungskosten, Pauschalen und Freibeträgen
- Bekämpfung der Steuerflucht durch Gesamtkonzernbesteuerung

- Pro Bargeld
- Steuergerechtigkeit

Gesundheit und Generationengerechtigkeit

- Öffentliches Pensionssystem, welches angemessenen Lebensstandard garantiert
- Seniorinnen und Senioren haben Grundstein für erfolgreiches Österreich gelegt
- Selbstbestimmtes Leben im Alter
- Bestmögliche Versorgung aller Menschen
- Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen
- Mindesteinkommen für Obdachlose
- Versorgung mit regionalen und saisonalen Produkten
- Bessere Ausstattung der Pflege und Valorisierung des Pflegegeldes
- Pensionsanspruch ab 45 Versicherungsjahren

Kunst, Kultur und Presse

- Tradition und Kultur sind wichtig
- Eigenfinanzierungsanteil des kulturellen Angebots entsprechend Interesse der Bevölkerung
- Förderwesen durchforsten und vereinfachen
- Finanzielle Förderung der Presse zur Erhaltung der objektiven Meinungsvielfalt
- Staatliche finanzielle Förderung des ORF, zur Sicherung der objektiven Meinungsvielfalt

Ethik und Religion

- Religion ist Privatsache
- Laizistischer Staat
- (gemeinsamer) Ethikunterricht in Schulen anstelle von (isolierten) Religionsunterricht

Justiz und Sicherheit

- Recht auf Demonstrationen
- Bekenntnis zur Neutralität
- Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht
- Bürokratieabbau
- Polizeidienststellen wieder aufsperrern
- Entgeltfortzahlung für freiwillige Helfer im Katastrophenfall
- Ausbau der direkten Demokratie

Umwelt, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr und Energie

- Bahn, Post und Wasserversorgung als öffentliche Infrastruktur
- Ausbau der Infrastruktur in strukturschwachen Regionen
- Agrarpolitik zum Überleben der Bäuerinnen und Bauern
- Bauernsterben beenden

Wirtschaft und Arbeit

- Erwerbslosenversicherung
- Einkommensschere zwischen Männern und Frauen schließen
- Wohnortnahes Arbeiten
- Ziel Vollbeschäftigung
- Pro Sozialpartnerschaft, Kammern und Gewerkschaften und Fortsetzung der Konsenspolitik
- Samstag, Sonntag frei; max 8 Stunden pro Tag und 40 Stunden pro Woche arbeiten
- Pro Wirtschaftsstandort Oberösterreich
- Flexible Arbeitszeiten nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer
- Freies Unternehmertum und freie Wirtschaft

Wohnen

- Objektive Vergabe gemeinnütziger Wohnungen
- Förderung selbständiger Suche und Schaffung von Wohnraum
- Leistbares Wohnen

Pressetexte



Welscher Zeitung
WELS | WELS-LAND | GRIESKIRCHEN | EFERDING

REGIONAL | NACHRICHTEN

LANDESTREFFEN
Bürgerlisten arbeiten stärker zusammen

WELS/PEUERBACH. Auf Initiative des Peuerbacher Arztes **Martin Gollner** haben sich die Bürgerlisten auf Landesebene zusammengeschlossen, um sich besser zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Außerdem gibt es eine eigene politische Akademie für Gemeinderäte



Foto: privat

und Mitglieder von Bürgerinitiativen. Ein Fortbildungstag findet am Samstag, 29. Februar, ab 10 Uhr im Hotel Ploberger in Wels statt. Referenten sind der Jurist Helmut Eichert, der Radiomoderator Christian Aichmayr, der Biobauer Reinhold Bräuer sowie der Mediziner Martin Gollner.

Erste Fortbildung auch zum Thema Korruptionsprävention:

Bürgerlisten rüsten für Wahl

63 Bürgerlisten sind in diversen oberösterreichischen Gemeinden vertreten, die meisten davon werden bei der Wahl 2021 wieder antreten. Mittlerweile 22 davon sind in einem im Aufbau befindlichen Bündnis mit dem Kürzel BLOÖ vernetzt, dessen neue politische Akademie morgen, Samstag den ersten Fortbildungstag abhält.

Von der richtigen „Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“ über „Positive Pressearbeit“ oder „Gruppendynamik in der politischen Entwicklung“ bis zu „Neue mögliche Wege für regionale Lebensmittel“ reicht das Spektrum der Vorträge in der Politischen Akademie der Bürgerlisten, die der Erwachsenenbildner Christian Aichmayr leitet.

Primär geht es bei dieser neuen Bürgerlisten-Plattform um Vernetzung, aber auch um einen Versuch, durch ein landesweites Dach für den Bezug einer Parteienfinanzierung vom Land Oberösterreich berechtigt zu werden – was ja für den kommenden Wahlkampf nicht unerheblich wäre.

Erster Obmann des Bündnisses ist Dr. Martin Gollner, ehemals ÖVP, von der Bürgerliste Dornbirn...

OB DER ENNS

Die Klugheit der Einzelkämpfer

Bislang waren die Bürgerlisten in Oberösterreichs Gemeinden meist stark auf sich alleine gestellt. Einzelkämpfer eben, ohne landesweiten Parteiapparat hinter sich, wie ihn insbesondere die ÖVP zelebriert.

Dabei sind die Entstehungsgeschichten dieser Bürgerlisten oft recht ähnlich und ihre Anliegen und Kritikpunkte auch.

Daher ist es klug, sich zu vernetzen und auf diese Weise auch für Gedankenaustausch und Fortbildung zu sorgen. Der damit verbundene Wunsch, so auch an Parteienfinanzierung zu kommen, ist zwar pikant, aber legitim. Man könnte das Geld ja bei den großen Parteien abzwacken.



WERNER PÖCHINGER

Bürgerlisten OÖ: Volle Transparenz bei zusätzlicher Corona-Presseförderung Dr. Gollner: Gemeinden nach Einnahmeausfällen nicht im Stich lassen

Verwundert zeigt sich der Obmann der Bürgerlisten Oberösterreichs (BLÖ) Dr. Martin Gollner über das Füllhorn an zusätzlicher Corona-Presseförderung.

Viele Gemeinden in Oberösterreich werden es aufgrund der Coronakrise schwer haben ihre Budgets auszugleichen oder gar zu Abgangsgemeinden werden. Die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich und auch die Kommunalsteuer von den Betrieben vor Ort werden kräftig schrumpfen. Den Gemeinden flatterte zwar ein „Corona-Erlass“ des Landes zum Sparen ins Haus, auf finanzielle Corona-Hilfen seitens des Landes wartet man noch vergebens. Trotzdem versuchen die Gemeinden ihre Pflichtausgaben im Bereich der Schulen, der Daseinsvorsorge und der Sicherheit bestmöglich abzudecken.

„Umso verwunderlicher ist die Tatsache, dass nunmehr zusätzliche Millionen für eine Corona-Presseförderung ausgeschüttet werden. Die Kriterien dafür sind undurchsichtig und zu hinterfragen. Die Bürgerlisten OÖ bekennen sich grundsätzlich zu einer transparenten und objektiven Presseförderung um die Vielfalt der Meinungen zu stärken. Ob das mit den Zusatzmillionen der Bundesregierung für die Presse in Zeiten Corona gelingt, muss mit Blick in die Boulevardpresse – welche besonders profitiert - eindeutig verneint werden. Vielmehr hat man den Eindruck, dass es sich um ein Zusatzentgelt für Hofberichterstattung über die „täglich guten Taten der Regierung“ handelt. Wir fordern volle Objektivität, Transparenz und vor allem Steuergelder in Krisenzeiten dort einzusetzen, wo man sie jetzt dringend braucht. Etwa auch bei den Gemeinden zur täglichen Bewältigung der Kernaufgaben für die Bürgerinnen und Bürger“, erklärt Gollner als Obmann der BLOÖ dazu.



BÜRGERLISTEN ~~OÖ~~



Am 29.2.2020 konnte ein weiterer Erfolg der Bürgerlisten Oberösterreich gefeiert werden.

Das 3. Landestreffen konnte mehr als 40 Bürgerlisten im Land begeistern. Die Veranstaltung war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Hotel Ploberger erwies sich als sehr geeignet, eine Fortbildungsreihe für Bürgerlisten zu veranstalten.

Als erster Referent konnte Dr. jur. Eichert das Top Thema „Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“ für Bürgerlisten äußerst fachkundig und praxisbezogen beleuchten. Unser Leiter der politischen Akademie Christian Aichmayr konnte in seiner Präsentation über positive Pressearbeit auf eine 35-jährige Erfahrung mit Bürgerlisten am eigenen Leibe, aber auch als Journalist beeindrucken. Nach der kommunikativen Mittagspause mit exzellentem Essen, bereitgestellt vom Restaurant Naschmarkt, konnten die zahlreichen politischen Freunde aus den anderen Bundesländern durch den Obmann der Bürgerlisten Oberösterreich Dr. Martin Gollner begrüßt werden. Danach referierte der Gemeindevorstand über Gruppendynamik in der politischen Entwicklung. Neben seinem Arztberuf verfügt Gollner seit 2010 über einen Abschluss als Arzt für psychotherapeutische Medizin und kann seit 2018 einen Abschluss an der Donau-Universität Krems vorweisen.

Zu guter Letzt konnte Diplomingenieur Reinhard Bräuer, Absolvent der BOKU Wien, über das aktuelle Thema der nachhaltigen, regionalen Produktion von Lebensmitteln mit seinem artgerechten Bezug zur Landwirtschaft sehr anschaulich darstellen.

Insgesamt kann sich der Start der politischen Akademie der Bürgerlisten Oberösterreich als etabliert bezeichnen, die Rückmeldungen zu der Veranstaltung und den Vorträgen zeigten sich durchwegs sehr positiv. Der wiederbestätigte Vorstand hat daraufhin einen Folgetermin, den 27.2.2021 wieder im Hotel Ploberger fixiert. Erfreulich ist, dass sich seither im Netzwerk der Bürgerlisten OÖ bereits 50 Bürgerlisten von 63 im ganzen Land zusammen gefunden haben, um gemeinsam einen Weg für die einzelnen Gemeinden, aber auch für Oberösterreich zu gehen. Wir Bürgerlisten Oberösterreich erleichtern auch Bürgerinitiativen den Weg als Bürgerliste bei der nächsten Gemeinderatswahl 2021 antreten zu können. Im Serviceteil unserer gemeinsamen Homepage finden sich bereits 6 Gemeinde-Servicebriefe mit entsprechenden Informationen und Formularen dazu. Besten Dank an dieser Stelle an den Vorstand, die Mitglieder und das Netzwerk für die viele Arbeit im Aufbau und der Durchführung insbesondere auch dem Stellvertreter Gollners, Fritz Nobis sowie Schriftführer Hans Stockinger (siehe Foto oben).

Aktuelle Bezirkssprecher der BLOÖ

Bezirk Braunau	Friedrich Nobis	Munderfing	MBI
Bezirk Freistadt	Karl Barnreiter	Unterweikersdorf	BUNT
Bezirk Vöcklabruck	Christian Aichmayr	Rutzenham	BLR
Bezirk Grieskirchen/EF	Dr. Martin Gollner	Peuerbach	TOP
Bezirk Gmunden	DI Reinhold Kassmannhuber	Gmunden	BIG
Bezirk Kirchdorf	Christine Zauner	Vorderstoder	BERG
Bezirk Linz-Land	Ing. Fritz Böhm	Pasching	LFP
Bezirk Perg	Christian Steindl	Pabneukirchen	LfP
Bezirk Ried	Bgm. ⁱⁿ Inge Huber	Antiesenhofen	MUT
Bezirk Schärding	AL Franz Stadler	Freinberg	FWF
Bezirk Rohrbach	Herbert Pühringer	Hörbich	HÖRBICH
Bezirk Steyr-Land	Siegfried Brenn	Gaflenz	FLG
Bezirk Vöcklabruck	Christian Aichmayr	Rutzenham	BLR
Bezirk Wels-Land	Karolina Keintzel	Pichl bei Wels	WEISSEN
Bezirk Urfahr-Umgebung	Michael Manzenreither	Schenkenfelden	UBM
Linz	Dr. Edelsbacher Gerhard		WIR

Foto Impressionen



Impressum: Christian Aichmayr, Karl Barnreiter, Reinhold Bräuer, Siegfried Brenn, Fritz Böhm, Ludwig Deutsch, Johann Eberherr, Gerhard Edelsbacher, Helmut Eichert, Josef Gokl, Martin Gollner, Gerhard Hager, Inge u. Hannes Huber, Herwig Hammerle, Rupert Hattinger, Karl Keplinger, Sonja Löffler, Fritz Nobis, Alfred Platzer, Jürgen Prasse, Gerhard Schmid, Hans Stockinger, Franz Stadler



Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Präsidium
4021 Linz • Landhausplatz 1

Geschäftszeichen:
Präs-2019-81616/27-RAI

Bearbeiter: Thomas Rainer
Tel: (+43 732) 77 20-11180
Fax: (+43 732) 77 20-21 16 21
E-Mail: Praes.Post@ooe.gv.at

www.land-oberoesterreich.gv.at

An die
Bürgerlisten Oberösterreich
Obmann Dr. Martin Gollner
Maria-Zieglerstr. 1
4722 Peuerbach

Linz, 26.03.2020

Oö. Parteienfinanzierungsgesetz 2016;
Parteienfinanzierung B für das Jahr 2020

B E S C H E I D

Auf Grund des Antrages (zuletzt) vom 11. Dezember 2019 ergeht von der Oberösterreichischen Landesregierung als Organ der Landesverwaltung in erster und letzter Instanz folgender

SPRUCH:

Der politischen Partei „Bürgerlisten Oberösterreich (BLOÖ)“, vertreten durch ihren Obmann Dr. Martin Gollner, Maria-Zieglerstr. 1, 4722 Peuerbach, wird für das Jahr **2020** eine **Parteienfinanzierung B** in Höhe von **23.245,00 Euro** (in Worten: dreiundzwanzigtausendzweihundertfünfundvierzig Euro) gewährt.

RECHTSGRUNDLAGE:

§ 7, § 8 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 3 (auch i.V.m. §§ 2, 3, 5 und 6) und § 13 Abs. 2 Oö. Parteienfinanzierungsgesetz 2016, LGBl. Nr. 25/1992 i.d.F. LGBl. Nr. 10/2020.

BEGRÜNDUNG:

Gemäß § 7 Oö. Parteienfinanzierungsgesetz 2016 ist für die in den Gemeinderäten der oberösterreichischen Gemeinden vertretenen politischen Parteien zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere für die Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung und an der politischen Bildung, zur Bedeckung des hierfür erforderlichen personellen und sachlichen Aufwands sowie für ihre sonstige Öffentlichkeitsarbeit auf Bezirks- und Gemeindeebene eine Finanzierung des Landes zu gewähren.

Gemäß § 8 Abs. 1 Oö. Parteienfinanzierungsgesetz 2016 errechnet sich die Höhe der jährlichen Parteienfinanzierung B durch das Land, indem die Zahl der Wahlberechtigten zu den Gemeinderäten, bezogen auf die jeweils letzte landesweit abgehaltene Gemeinderatswahl je politischem Bezirk, mit dem Betrag von 3,08 Euro multipliziert wird. Ab dem Jahr 2019 vermindert oder erhöht sich dieser Betrag in jenem Maß, in dem sich der von der Bundesanstalt "Statistik Österreich" ver-

Linz	€ 486.452,67	61	€ 7.974,63	0	€ 0,00	€ 0,00
Steyr	€ 93.862,56	36	€ 2.607,29	0	€ 0,00	€ 0,00
Wels	€ 140.273,87	36	€ 3.896,50	0	€ 0,00	€ 0,00
Braunau	€ 258.176,27	906	€ 284,96	* 26	€ 7.409,03	€ 7.409,00
Eferding	€ 83.756,64	294	€ 284,89	0	€ 0,00	€ 0,00
Freistadt	€ 171.060,56	597	€ 286,53	* 2	€ 573,07	€ 573,00
Gmunden	€ 263.324,93	548	€ 480,52	* 4	€ 1.922,08	€ 1.922,00
Grieskirchen	€ 165.104,83	651	€ 253,62	* 6	€ 1.521,70	€ 1.522,00
Kirchdorf	€ 143.951,94	487	€ 295,59	* 5	€ 1.477,95	€ 1.478,00
Linz-Land	€ 359.548,09	598	€ 601,25	* 5	€ 3.006,25	€ 3.006,00
Perg	€ 171.647,52	566	€ 303,26	0	€ 0,00	€ 0,00
Ried	€ 154.309,87	656	€ 235,23	0	€ 0,00	€ 0,00
Rohrbach	€ 148.510,45	* 679	€ 218,72	* 3	€ 656,16	€ 656,00
Schärding	€ 148.807,12	614	€ 242,36	* 4	€ 969,43	€ 969,00
Steyr-Land	€ 155.301,96	476	€ 326,26	* 3	€ 978,79	€ 979,00
Urfahr-Umgebung	€ 220.425,81	639	€ 344,95	* 10	€ 3.449,54	€ 3.450,00
Vöcklabruck	€ 341.543,73	1.104	€ 309,37	* 2	€ 618,74	€ 619,00
Wels-Land	€ 178.659,14	540	€ 330,85	* 2	€ 661,70	€ 662,00
OÖ GESAMT	€ 3.626.963,76	* 9.488	€ 388,36	72	€ 23.244,44	€ 23.245,00

Es ergibt sich daher für die BLOÖ ein Betrag von 23.245,00 Euro für die Parteienfinanzierung B für das Jahr 2020, auszahlbar in zwei gleich großen Halbjahresraten zu je 11.622,50 Euro.

Von den BLOÖ wurden mehrere Anträge auf Parteienfinanzierung B für das Jahr 2020 abgegeben. Der letztgültige, umfassende Antrag wurde von Landesobmann Dr. Gollner am 11.12.2019 persönlich im Amt der Oö. Landesregierung eingebracht. Der Antrag lautet explizit auf „Auszahlung der Parteienfinanzierung B nach dem Parteiengesetz“, ist vom satzungsgemäß zur Vertretung nach außen befugten Organ der Partei eingebracht und unterzeichnet und gibt das Konto lautend auf Bürgerlisten Oberösterreich BLOÖ bei der Volksbank Grieskirchen bekannt, auf das die Förderung überwiesen werden soll.

Die „Umgründung“ der ehemaligen politischen Ortspartei „Treffpunkt Peuerbach“ in die politische Landespartei „Bürgerlisten Oberösterreich“ sowie die nachfolgenden Beitritte von in oö. Gemeinderäten vertretenen Bürgerlisten (Fraktionen) als neue BLOÖ-Ortsparteien zur politischen Partei BLOÖ beschreiten juristisches „Neuland“. Bei der gegenständlichen rechtlichen Gesamtbeurteilung dieser Vorgänge betreffend die Anspruchsberechtigung und den Umfang der Parteienfinanzierung B für die BLOÖ im Jahr 2020 handelt es sich unserer Ansicht nach um eine aus heutiger Sicht rechtlich vertretbare, insbesondere im Sinn des demokratischen Prinzips der Verfassung auch gebotene, aber dennoch nur vorläufige und noch nicht endgültig abgesicherte normative Einschät-

1. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft - Rechte und Pflichten für den Gemeinderat - Dr. Helmut Eichert/Jurist

Nach einer kurzen Einführung in die Rolle des Strafrechts im Rechtsgefüge des Staates, wird anhand von konkreten Beispielen herausgearbeitet, wie die Zusammenarbeit mit den Strafrechtsbehörden auf kommunaler Ebene zu gestalten ist, welche Rolle der Gemeinderat hat, die individuellen Gemeinderäte, die Vorsitzenden von Ausschüssen, der Bürgermeister und die Amtsleitung. Besonderes Augenmerk wird auf die Abgrenzung zwischen dem Recht der Zusammenarbeit und der Pflicht zur Zusammenarbeit gelegt, oder ganz konkret, wer kann und wer muss in bestimmten Konstellationen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten.

Dr. Helmut Eichert ist Gemeindevorstand in St. Lorenz. Im Zivilberuf ist er als Manager in der Finanzwirtschaft, als selbständiger Unternehmensberater und als eingetragener Zivilrechtsmediator tätig.



2. Positive Pressearbeit - Bürgerlisten sind beliebt im Land - Christian Aichmayr/Radiomoderator

Christian Aichmayr hat bislang mehr als 40 Jahre bei Bürgerinitiativen (u. a. Reichraminger Hintergebirge) wie auch Bürgerlisten mitgearbeitet und hat dabei bislang sechsmal für einen Gemeinderat kandidiert (zweimal PUM Schwanenstadt, viermal Bürgerliste Rutzenham, wo er seit 2003 als Obmann fungiert). Im Laufe der Jahrzehnte hat er, was Öffentlichkeitsarbeit und deren Wahrnehmung in unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen anbelangt, bei seinen reichhaltigen Erfahrungen viel an Abwechslung erlebt. In seinem Referat wird er versuchen, in einem Überblick darüber zu reflektieren, wo und wie bei der Besetzung von Themen Widerstände aber auch Zustimmung gegeben war.



3. Gruppendynamik in der politischen Entwicklung - Tipps und Tricks - Dr. Martin Gollner/Arzt

Gruppendynamik anhand von psychologischen Aspekten in Theorie aufgezeigt und anhand der politischen Gruppe TOP anschaulich praktisch erklärt. Es finden sich Hinweise und Tipps für eine funktionierende Gruppenleitung insbesondere im Gemeinderat und in der Fraktion.

Dr. Martin Gollner ist der Obmann der BLOÖ, Gemeindevorstand, Arzt für psychotherapeutische Medizin und Absolvent der Donau-Universität Krems.



4. Bürgerlisten und Bauern - Neue mögliche Wege für regionale Lebensmittel - DI Reinhold Bräuer/Biobauer - Absolvent der BOKU Wien

DI Reinhold Bräuer ist Biobauer in Wolfers am Grünlinghof. Durch Biolandbau erhalten Sie am Grünlinghof Lebensmittel höchster Qualität. Hergestellt und verkauft werden unter anderem Leinsamen, Pflanzliche Öle, Mehle, Brotarten, Obst und Eier. Der erste Schritt für das eigene Wohlbefinden liegt bei guter Ernährung, der nächste bei Bewegung und Sport. In der heutigen Zeit wird es wieder immer wichtiger auf regionale und hochwertige Lebensmittel zu achten und auch zu schätzen.



Vortrag 1 - DI Dr. Eichert

Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Rechte und Pflichten für den
Gemeinderat

klar & fair

Dr. Helmut Eichert
Unternehmensberatung
Mediation

Geschichte



klar & fair

Dr. Helmut Eichert

Wann wurde die Folter als Instrument der
Strafrechtspflege in Österreich abgeschafft?



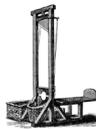
Dr. Helmut Eichert

Wann wurde die Folter als Instrument der
Strafrechtspflege in Österreich abgeschafft?

1776

Dr. Helmut Eichert

Wann wurde die Todesstrafe in Österreich
abgeschafft?



Dr. Helmut Eichert

Wann wurde die Todesstrafe in Österreich
abgeschafft?

1950

Dr. Helmut Eichert

Wieviele Todesurteile wurden in der 2. Republik
ausgesprochen?



Dr. Helmut Eichert

Wieviele Todesurteile wurden in der 2. Republik
ausgesprochen?

101

Dr. Helmut Eichert

Wann fand in Österreich die letzte Hinrichtung
statt?



Dr. Helmut Eichert

Wann fand in Österreich die letzte Hinrichtung
statt?

1950 (1955)

Dr. Helmut Eichert

Gewaltmonopol des Staates



Dr. Helmut Eichert

klar & fair

Nicht alles was politisch unkorrekt ist, ist strafrechtlich relevant!

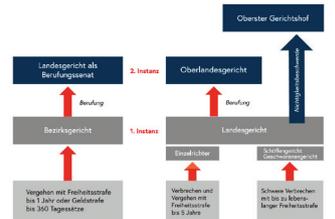
Dr. Helmut Eichert

Sorgfalt – Sorgfalt – Sorgfalt!

klar & fair

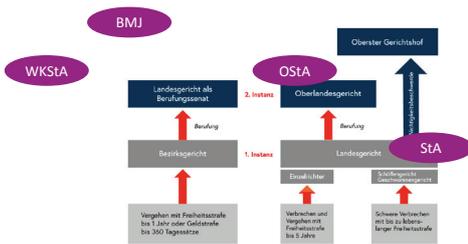
Dr. Helmut Eichert

Gerichtsorganisation



Dr. Helmut Eichert

Staatsanwaltschaft



Dr. Helmut Eichert

WKStA

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft



Dr. Helmut Eichert

Staatsanwaltschaft

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Die Zuständigkeit der WKStA erstreckt sich zunächst auf das Gebiet der schweren Amts- und Korruptionsdelikte (mit Ausnahme des Amtsmissbrauchs), auf Wirtschaftsstraftaten mit fünf Millionen Euro übersteigenden Schadensbeträgen und sogenannte "Blindflüchtlingsdelikte" bei größeren Unternehmen.

Seit 1. September 2012 wird u.a. auch Finanzstrafdelikte mit fünf Millionen Euro übersteigenden Schadensbeträgen in die Zuständigkeit der WKStA.

Dr. Helmut Eichert

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

ZUSTÄNDIGKEIT

Die Zuständigkeit der WKStA erstreckt sich zunächst auf das Gebiet der schweren Amts- und Korruptionsdelikte (mit Ausnahme des Amtsmissbrauchs), auf Wirtschaftsstraftaten mit fünf Millionen Euro übersteigenden Schadensbeträgen und sogenannte "Blindflüchtlingsdelikte" bei größeren Unternehmen.

Seit 1. September 2012 fallen u.a. auch Finanzstrafdelikte mit fünf Millionen Euro übersteigenden Schadensbeträgen in die Zuständigkeit der WKStA.

Dr. Helmut Eichert

© Geschenkannahme durch Machthaber, wettbewerbsbeschränkende Abreden bei Vergabeverfahren und wenn die Tat in Bezug auf einen 3 000 Euro übersteigenden Vorteil begangen wurde

Bestechlichkeit, Vorteilsannahme, Vorteilsannahme zur Beeinflussung, Bestechung, Vorteilszuwendung, Vorteilszuwendung zur Beeinflussung, Verbotene Intervention, Geschenkannahme und Bestechung von Bediensteten oder Beauftragten (sowie, wenn eine derartige Tatbegehung versucht wurde)

Dr. Helmut Eichert

Die Strafanzeige



Dr. Helmut Eichert

Anzeigepflicht oder Anzeigerecht?

◀klar & fair▶



Gemeindeamt St. Lorenz
Wredeplatz 2 – 5310 Mondsee
Bezirk Vöcklabruck / Oberösterreich

St. Lorenz, am 12. November 2018
Telefon (06232) 22 65-0; Fax-Dw. 25
E-Mail: gemeinde@st.lorenz.ooe.gv.at
UID ATU 23469306

Landespolizeidirektion Oberösterreich
Landeskriminalamt
zH Chef Insp Othmar Coser
Nietzschestraße 33
4021 Linz
per mail

Dr. Helmut Eichert

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 78

Inkrafttretensdatum
01.01.2008

Abkürzung
SPO

Index
25/01 Strafprozess

Text

Außerkrafttretensdatum

3. Abschnitt
Anzeigepflicht, Anzeige- und Anhaltrecht

Anzeigepflicht

§ 78. (1) Wird einer Behörde oder öffentlichen Dienststelle der Verdacht einer Straftat bekannt, die ihren gesetzmäßigen Wirkungsbereich betrifft, so ist sie zur Anzeige an Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft verpflichtet.

(2) Eine Pflicht zur Anzeige nach Abs. 1 besteht nicht.

1. wenn die Anzeige eine amtliche Tätigkeit beeinträchtigen würde, deren Wirksamkeit eines persönlichen Vertrauensverhältnisses bedarf, oder

2. wenn und solange hinreichende Gründe für die Annahme vorliegen, die Strafbarkeit der Tat werde binnen kurzem durch schadenberäuhende Maßnahmen entfallen.

(3) Die Behörde oder öffentliche Dienststelle hat jedenfalls alles zu unternehmen, was zum Schutz des Opfers oder anderer Personen vor Gefährdung notwendig ist; erforderlichenfalls ist auch in den Fällen des Abs. 2 Anzeige zu erstatten.

Schlagworte
Anzeigerecht

Dr. Helmut Eichert

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 78

Inkrafttretensdatum
01.01.2008

Abkürzung
SPO

Index
25/01 Strafprozess

Text

Außerkrafttretensdatum

3. Abschnitt
Anzeigepflicht, Anzeige- und Anhaltrecht

Anzeigepflicht

§ 78. (1) Wird einer Behörde oder öffentlichen Dienststelle der Verdacht einer Straftat bekannt, die ihren gesetzmäßigen Wirkungsbereich betrifft, so ist sie zur Anzeige an Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft verpflichtet.

(2) Eine Pflicht zur Anzeige nach Abs. 1 besteht nicht.

1. wenn die Anzeige eine amtliche Tätigkeit beeinträchtigen würde, deren Wirksamkeit eines persönlichen Vertrauensverhältnisses bedarf, oder

2. wenn und solange hinreichende Gründe für die Annahme vorliegen, die Strafbarkeit der Tat werde binnen kurzem durch schadenberäuhende Maßnahmen entfallen.

(3) Die Behörde oder öffentliche Dienststelle hat jedenfalls alles zu unternehmen, was zum Schutz des Opfers oder anderer Personen vor Gefährdung notwendig ist; erforderlichenfalls ist auch in den Fällen des Abs. 2 Anzeige zu erstatten.

Schlagworte
Anzeigerecht

Dr. Helmut Eichert

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 80

Inkrafttretensdatum
01.01.2008

Abkürzung
SPO

Index
25/01 Strafprozess

Text

Außerkrafttretensdatum

Anzeige- und Anhaltrecht

§ 80. (1) Wer von der Begehung einer strafbaren Handlung Kenntnis erlangt, ist zur Anzeige an Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft verpflichtet. Einem Opfer (§ 65 Z 1), das Anzeige erstattet hat, ist eine schriftliche Bestätigung der Anzeige gefahrlos auszufolgen.

(2) Wer auf Grund bestimmter Tatsachen annehmen kann, dass eine Person eine strafbare Handlung ausführe, unmittelbar zuvor ausgeführt habe oder dass wegen der Begehung einer strafbaren Handlung nach ihr gefahndet werde, ist berechtigt, diese Person auf verhältnismäßige Weise anzuhalten, jedoch zur unverzüglichen Anzeige an das nächst erreichbare Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes verpflichtet.

Schlagworte
Anzeigerecht

Dr. Helmut Eichert

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 80

Inkrafttretensdatum
01.01.2020

Abkürzung
SPO

Index
25/01 Strafprozess

Text

Außerkrafttretensdatum

Anzeige- und Anhaltrecht

§ 80. (1) Wer von der Begehung einer strafbaren Handlung Kenntnis erlangt, ist zur Anzeige an Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft verpflichtet. Einem Opfer (§ 65 Z 1), das Anzeige erstattet hat, ist eine schriftliche Bestätigung der Anzeige gefahrlos auszufolgen.

(2) Wer auf Grund bestimmter Tatsachen annehmen kann, dass eine Person eine strafbare Handlung ausführe, unmittelbar zuvor ausgeführt habe oder dass wegen der Begehung einer strafbaren Handlung nach ihr gefahndet werde, ist berechtigt, diese Person auf verhältnismäßige Weise anzuhalten, jedoch zur unverzüglichen Anzeige an das nächst erreichbare Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes verpflichtet.

Schlagworte
Anzeigerecht

Dr. Helmut Eichert

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 78

Inkrafttretensdatum
01.01.2008

Abkürzung
SPO

Index
25/01 Strafprozess

Text

Außerkrafttretensdatum

3. Abschnitt
Anzeigepflicht, Anzeige- und Anhaltrecht

Anzeigepflicht

§ 78. (1) Wird einer Behörde oder öffentlichen Dienststelle der Verdacht einer Straftat bekannt, die ihren gesetzmäßigen Wirkungsbereich betrifft, so ist sie zur Anzeige an Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft verpflichtet.

(2) Eine Pflicht zur Anzeige nach Abs. 1 besteht nicht.

1. wenn die Anzeige eine amtliche Tätigkeit beeinträchtigen würde, deren Wirksamkeit eines persönlichen Vertrauensverhältnisses bedarf, oder

2. wenn und solange hinreichende Gründe für die Annahme vorliegen, die Strafbarkeit der Tat werde binnen kurzem durch schadenberäuhende Maßnahmen entfallen.

(3) Die Behörde oder öffentliche Dienststelle hat jedenfalls alles zu unternehmen, was zum Schutz des Opfers oder anderer Personen vor Gefährdung notwendig ist; erforderlichenfalls ist auch in den Fällen des Abs. 2 Anzeige zu erstatten.

Schlagworte
Anzeigerecht

Dr. Helmut Eichert

Wer MUSS also anzeigen?

◀klar & fair▶



Gemeindeamt St. Lorenz
Wredeplatz 2 – 5310 Mondsee
Bezirk Vöcklabruck / Oberösterreich

St. Lorenz, am 12. November 2018
Telefon (06232) 22 65-0; Fax-Dw. 25
E-Mail: gemeinde@st.lorenz.ooe.gv.at
UID ATU 23469306

Landespolizeidirektion Oberösterreich
Landeskriminalamt
zH Chef Insp Othmar Coser
Nietzschestraße 33
4021 Linz
per mail

Dr. Helmut Eichert

Wer MUSS also anzeigen?

◀klar & fair▶

- Die Amtsleitung
- Wenn es die Hoheitsverwaltung der Gemeinde betrifft

Dr. Helmut Eichert

Exkurs: Amtsmissbrauch

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 302

Inkrafttretensdatum
01.01.2013

Abkürzung
SGB

Index
24/01 Strafgesetzbuch

Text

Außerkrafttretensdatum

Zweihundzwanzigster Abschnitt
Strafbare Verletzungen der Amtspflicht, Korruption und verwandte strafbare Handlungen

Missbrauch der Amtsgewalt

§ 302. (1) Ein Beamter, der mit dem Vorsitz, jedoch einen anderen an seinem Rechten zu schädigen, seine Befugnis, im Namen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder einer anderen Person die öffentlichen Rechte als deren Organ in Verübung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, wissentlich missbraucht, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

(2) Wer die Tat bei der Führung eines Amtsgeschäfts mit einer fremden Macht oder einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung begeht, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer durch die Tat einen 50 000 Euro übersteigenden Schaden herbeiführt.

Anmerkung
OR: Art. 1 Nr. C, BGG, 1 Nr. 136/2004

Schlagworte
Amtsmissbrauch, Wissentlichkeit, Ausland, Großschaden, Schädigungsvorsatz, Missbrauch

Dr. Helmut Eichert

Exkurs: Amtsmissbrauch

◀klar & fair▶

§/Artikel/Anlage
§ 302

Inkrafttretensdatum
01.01.2013

Abkürzung
SGB

Index
24/01 Strafgesetzbuch

Text

Außerkrafttretensdatum

Zweihundzwanzigster Abschnitt
Strafbare Verletzungen der Amtspflicht, Korruption und verwandte strafbare Handlungen

Missbrauch der Amtsgewalt

§ 302. (1) Ein Beamter, der mit dem Vorsitz, jedoch einen anderen an seinem Rechten zu schädigen, seine Befugnis, im Namen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder einer anderen Person die öffentlichen Rechte als deren Organ in Verübung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, wissentlich missbraucht, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

(2) Wer die Tat bei der Führung eines Amtsgeschäfts mit einer fremden Macht oder einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung begeht, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer durch die Tat einen 50 000 Euro übersteigenden Schaden herbeiführt.

Anmerkung
OR: Art. 1 Nr. C, BGG, 1 Nr. 136/2004

Schlagworte
Amtsmissbrauch, Wissentlichkeit, Ausland, Großschaden, Schädigungsvorsatz, Missbrauch

Dr. Helmut Eichert

Definition Beamter

klar & fair

§/Artikel/Anlage

§ 74

Inkrafttretensdatum

28.12.2019

Abkürzung

StGB

Index

24/01 Strafrechtbuch

Außerkrafttretensdatum

Text

Andere Begriffsbestimmungen

§ 74, (1) Im Sinn dieses Bundesgesetzes ist

1. unmündig: wer das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat;

(Anm. - 2 2 aufgehoben durch BGBl. I Nr. 19/2001)

2. minderjährig: wer das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat;

4. Beamter: jeder, der bestellt ist, im Namen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder einer anderen Person das öffentliche Recht auszuüben, ausgenommen einer Kirche oder Religionsgesellschaft, als deren Organ allein oder gemeinsam mit einem anderen Rechtsbehörden vorzunehmen, oder sonst mit Aufgaben der Bundes-, Landes- oder Gemeindeverwaltung beauftragt ist; als Beamter gilt auch, wer nach einem anderen Bundesgesetz oder auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung bei einem Einsatz im Inland einem österreichischen Beamten gleichgestellt ist;

Dr. Helmut Eichert

Definition Beamter

klar & fair

- Im Sinne des Strafrechts
- jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat

Dr. Helmut Eichert

klar & fair

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
Dr. Helmut Eichert

DI Dr. Helmut Eichert ist Unternehmensberater und Mediator. Er nimmt auch gerne einen Auftrag zur Konfliktlösung und Mediation von Bürgerlisten an. Die Erstberatung ist selbstverständlich kostenlos.

Näheres gerne per Mail unter: helmut@eichert.at

Vortrag 2 - Christian Aichmayr

SKRIPT Fortbildung Bürgerlisten – 29.02.2020 – Seminarhotel Ploberger

„Positive Pressearbeit“ – Bürgerlisten sind beliebt im Land

Mein Leitsatz

„Wer stärker individualisiert ist muss erkennen, dass das Leben ein Kampf zwischen Opfer und Trotz, zwischen Anerkennung der Gemeinschaft und Rettung der Persönlichkeit ist!“

Hermann Hesse, 1958

MENTOREN IM LEBEN ZU HABEN IST EIN GESCHENK

Ich habe ein wenig überlegt, wie ich mich dem heute vorgegebenen Thema von Martin Gollner annähere. Und da habe ich über mein bisher knapp 62jähriges Leben reflektiert. Bewusst geworden ist mir, dass ich in meinem Leben Begegnungen mit Menschen hatte, die mich geprägt haben – und denen ich damit auch einiges zu verdanken habe.

Sie haben mich geprägt im Hinblick auf Haltung einnehmen, bereit zu sein Nachzudenken um dann Stellung zu beziehen, Toleranz nicht mit Akzeptanz zu verwechseln und auf alle Fälle im Regelfall offen für einen Diskurs nach allen Seiten zu sein – einen sogenannten Polylog zu führen ... auf diesen Fachausdruck bin ich dann auch im Rahmen meiner Ausbildung als akademischer Supervisor und Coach gestoßen.

HEINI STAUDINGER

Als 16jähriger bin ich in Schwanenstadt auf Heini Staudinger gestoßen, der heute GEA Geschäftsführer in Schrems ist und die Finanzmarktaufsicht immer wieder gerne herausfordert. Heini – 5 Jahre älter als ich, war damals ein charismatisches Vorbild, einer der sich in jungen Jahren schon wagte, seine Stimme zu erheben, Gängiges zu hinterfragen – aber immer durchaus bereit war, alternative Überlegungen zu schaffen und diese auch zu präsentieren.

Der Heini war nicht leicht zu nehmen und im Dauereinsatz. Unorthodox in seinem Verhalten – dass es oftmals den Rahmen sprengte und die Umgebung staunen ließ. Widerstand leisten – gegen jene die Mächtig sind und drüber fahren wollen – der Heini war und ist da eine Gallionsfigur!



Mit Heini wurde der Filmclub Schwanenstadt im Jahr 1976 gegründet, die erste Filmvorführung war Sidney Lumets Film „Die 12 Geschworenen“ aus dem Jahr 1957. Der Film zeigt anschaulich wie Gruppendynamik funktioniert. Während der Gerichtsfall für 11 Geschworene ganz klar scheint, hat der Geschworene Nr. 8 Bedenken – letztlich gelingt es ihm mit seiner Argumentation, dass sich alle anderen 11 seinen Argumenten anschließen.

Eine 3. Welt-Aktion wurde gestartet. Wir versenkten Bananen mit Flugblättern in Schwanenstadt und wiesen darauf hin, dass den Bauern in Afrika kaum etwas vom Preis einer Banane bleibt. Unvergessen die Reaktion des damaligen Gemeindevorstandes Dr. Karl Puchner, der meinen Flugzettel lachend auf den Gehsteig fallen ließ und meinte “3. Welt, was ist denn das?”

Parallel dazu war ich mit einigen Freunden engagiert bei der Sache, ein Jugendzentrum für Schwanenstadt zu schaffen. Wir sammelten jede Menge Spenden – dann wurde uns im Volkshaus ein Raum zur Verfügung gestellt, den wir selbst einrichteten. Dann entdeckte uns die Gewerkschaftsjugend und wollte uns vereinnahmen – das Jugendzentrum lief dann unter deren Ägide weiter, denn wir wollten autonom sein – und wir hatten schon wieder was Neues gefunden, denn:

1979 kandidierte unter Heinis Leitung die PUM Schwanenstadt für den Gemeinderat. Über Nacht war Schwanenstadt mit diesem Plakat zugeklebt worden:

Aufregung gab es auch um eine Nacht- und Nebelaktion, in der das frühere Altenheim, welches drei Jahre vorher noch aufwendig saniert worden war, abgerissen wurde. Begleitet wurde dieses Abriss von einer ÖVP-Zeitung, in welcher der PUM, die gemeint hatte, man könne das Altenheim für Startwohnungen von jungen Menschen nutzen, unterstellt wurde, sie hätte geplant gehabt, ein Berliner Hausbesetzungs-kommando zu organisieren. Die ÖVP wurde von der PUM geklagt und der für den Inhalt verantwortliche Vizebürgermeister nach dem Medienrecht verurteilt. Eine Richtigstellung, die in der nächsten Ausgabe der Zeitung verlangt wurde, gab es nie, da die ÖVP-Zeitung fortan unter anderem Namen erschien.

Das Bundesheer präsentierte eine Waffenschau in Schwanenstadt. Panzer fuhrten auf, Kinder konnten diese besichtigen und hineinklattern etc. Die PUM demonstrierte dagegen, wir standen dieser Martialität kritisch gegenüber. Natürlich hatten wir unserer Demo Befürworter, Gegner und Gleichgültige. Witzig war, dass sich wir und die Bundesheerleute nacher zufällig im gleichen Cafe trafen und dort dann noch einmal unsere Argumente austauschten. Eine meiner PUM-Kolleginnen erinnerte sich dann an meinen heutigen Geburtstag, lud die PUM-Leute wie etwa 7-8 Bundesheerler spontan zu sich in ihr großes Haus ein, um meinen Geburtstag noch zu feiern – es wurde noch eine lustige Feier.

1984 war das Hintergebirge vor dem Bau eines Kraftwerkes zum Retten: Eine Delegation der PUM fuhr für einige Tage mit Zelt und Schlafsack in die Region, wo gerade Besetzungen stattfanden und sich Menschen an Bagger kettenen. Unter der Regie von **Dr. Günther Nennung** gab es an einem Sonntagvormittag in Großramming in einem Gasthaus eine riesige Unterschriftenaktion: Einige Aktivisten hatten Anzeigen bekommen, jetzt lud Nennung rundum ein, Selbstanzeige wegen der Besetzung zu erstatten um damit die Gerichte ad absurdum zu führen. Nicht alle leisteten dem Folge – manche hatten Angst wegen allfälliger Folgen. Ich dachte mir nichts und unterschrieb – Im Jahr 2004 erhielt ich von Landeshauptmann Dr. Pühringer eine Einladung zu einem Festakt punkto Nationalpark Kalkalpen. Er bedankte sich bei den eingeladenen seinerzeitigen Kraftwerksgegnern: Ihr habt uns zum Umdenken gebracht!



1985 kandidierte ich nur mehr auf Platz 13 der dann wesentlich umfangreicheren Kandidatenliste – es wurden 2 Mandate gewonnen. Ich war eigentlich seit 1980 kein richtiger Schwanenstädter mehr, wohnte da und dort – blieb aber der PUM zu liebe mit Hauptwohnsitz bei den Eltern. Aber wenn man in einem Ort nicht wirklich lebt, fehlt auch etwas.

Das jährliche Faschingsfest der PUM Schwanenstadt avancierte zum Event des Bezirkes. Von 1980 bis 2019 wurde es 40 x veranstaltet – in den ersten Jahren war der damalige Pfarrsaal überall mit maskierten Menschen gefüllt! 1985 gab es 1400 zahlende Besucher – der Eintritt betrug ÖS 10,- und der Eintrittsticker konnte um ÖS 50,- erworben werden. Die Stadtgemeinde nahm es sportlich locker – und die PUM hatte damit einmal jährlich eine gute Einnahmequelle und wurde medial auch gut angenommen. Manchmal gab es provozierende Einlagen, die wir selbst gestalteten – so wurde das Challenger-Unglück vom Jänner 1986 nachgespielt – Verkleidete als Bürgermeister, Dechant etc. stiegen in eine nachgebaute Raumfähre, die dann explodierte und Fleisch und Knochenstücke durch den Saal wirbelten! Provokation pur ...

In den 90iger Jahren wurde die PUM zu einer GRÜNEN-Gemeindegruppe. Zur 40 Jahre-Feier im November 2019 habe ich einen Radiobeitrag gestaltet: <https://cba.fro.at/435566>

PUM SCHWANENSTADT

Die Idee entstand an einem feuchtfröhlichen Abend als Heini meinte – bei einer Kandidatur einer neuen Liste (er hätte schon einen Namen dafür, nämlich Partei für Umweltschutz und Menschlichkeit) würde diese sicherlich 1 Mandat schaffen.

Erst bei genauer Durchsicht des Plakates war zu entdecken, dass es sich um die Vorstellung einer neuen wahlwerbenden Gruppierung für die Gemeinderatswahl geht. Und wir formulierten auf diesem:



Auf welche Weise stirbt der Mensch? Indem sein Herz aufhört zu schlagen; und das ist wohl die bekannteste Art. Oder auch indem er wird, wie die anderen; so sterben viele und man hat dies nicht acht, sie selber merken es oft nicht das ganze Leben lang. Nur vielleicht einmal spät steigt es ihnen sekundenhaft auf, aber sie streifen es ab, wie ein Stäubchen am Kleid. Wenn man sich's auswählen könnte, da weiß mans nicht, und wenn man's weiß, hat man die Wahl nicht mehr. Dies ist die Regel.

Ich selbst kandidierte als 21jähriger auf Platz 7 der Liste – wir waren 26 Kandidaten, der Großteil um die 20 Jahre! Mein Vater hatte als Gemeindebeamter Spott und Häme zu ertragen – ob er denn seinen Sohn nicht im Griff hätte. Er selbst war ÖVP-Mitglied, Bürgermeister von Schwanenstadt und ÖVP Nationalrat war damals Rudolf Staudinger, Heinis Onkel.

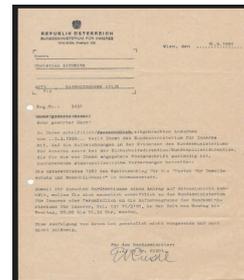
Die PUM spaltete damals Schwanenstadt, sie spaltete Familien. Es war ein Tabubruch der Jugend. Und spannend – bei vielen PUM-Kandidaten saßen Verwandte bereits im Gemeinderat bei allen anderen drei Fraktionen! Ich war Wahlbeisitzer in meinem Wahlsprengel – die PUM schaffte dort nur 10 Stimmen. Den Vorsitz hatte Rupert Gugerbauer, meine ehemaliger Hauptschuldirektor und FPÖ-Stadtrat. Mir ist noch heute in Erinnerung wie er nach der Auszählung zu mir kam und mir gratulierte: Herr Aichmayr, hier sind es nur 10 Stimmen, aber die PUM ist sicher mit einem Mandat drinnen. Mich freut es, wenn sich die Jugend engagiert und ihre eigenen Wege geht. Alles Gute! So war er, mein ex-Direktor. Er hatte seine politische Überzeugung – aber er war offen und ging nicht davon aus, dass das was ihn geprägt hat auch für andere gelten muss. Ich habe in späteren Jahren immer wieder mit ihm gesprochen wenn ich ihn am Stadtplatz traf, er war sehr traditionell und zog bei der Begrüßung immer seinen Hut, was eigentlich mir gegenüber der sein ex-Schüler war und wohl mehr als 50 Jahre jünger war. Gugerbauer starb in hohem Alter – als er beim Kirschchen plücken von der Leiter fiel!

Die PUM-Kandidatur wurde auch medial entsprechend berücksichtigt. Wir waren in aller Munde – da war was passiert, was die bisherige politische Kräfteverteilung veränderte. Die PUM gewann ein Mandat und brachte völlig neuen Wind in den Gemeinderat. Viele unserer Aktionen sorgten auch für mediale Aufregung: Als an die 50 jungen Schwanenstädter wegen Cannabiskonsum (und Handel) angezeigt wurden und die jungen Leute auf dem Gemeinderatsposten zum Teil geschlagen wurden, schalteten wir uns ein. Heinis Bruder Karl war gerade mit dem Jusstudium fertiggeworden und er bot den jungen Leuten und deren Eltern an, sich bei ihm zu melden um dann gemeinsam gegen diese Verhörmethoden vorzugehen.

Wir gründeten den „Drogenkreis der PUM“ – ich war dessen Obmann. Eine medienwirksame Veranstaltung im Dezember 1983 mit namhaften Fachleuten, die zum Thema Drogen aber auch darüber referierten, was ist bei Verhörern möglich und was nicht, wurde durchgeführt und von 200 Leuten besucht. Es gab Treffen mit dem Chefredakteur des Vöcklabrucker Wochenzeigers, der einige Male in seinen Artikeln über die Drogensucht in Schwanenstadt unserer Meinung nach ziemlich daneben gegriffen hatte – er diskutierte mit uns, ließ sich da und dort auch etwas sagen und bezog uns in weiteren Artikeln vorher immer mit ein.

IM VISIER DER STAATSPOLIZEI

Bürgerlisten sind beliebt im Land – Na ja ... in den 80ern wurde man dafür kriminalisiert. 1990 fragte ich bei der Staatspolizei nach, ob es einen Akt von mir gäbe – das war die Antwort:



IN DER NACHBARGEMEINDE GING ES 1985 LOS

Die Bürgerliste Rutzenham wurde 1985 gegründet. Mit Ach und Krach brachten die beiden Kandidaten die erforderlichen Unterstützungserklärungen zusammen, die Angst, bei einer Unterschrift den Zorn und Unmut des damaligen Bürgermeisters des Landtagsabgeordneten Josef Baldinger-Humer auf sich zu ziehen war zu groß. Als die Bürgerliste dann mit 2 Mandaten im Gemeinderat saß, bekam Mandatar Helmut Köttl seitens der Pfarrexpositur zu spüren, dass er damit etwas angestellt hatte: Eine Unterschriftenliste wurde herumgereicht, 40 Leute unterschrieben und baten damit den Bischof Maximilian Aichern, Helmut als Vorbeter in der Kirche abzuziehen, da er als Bürgerlistenmandatar in dieser Funktion nicht mehr tragbar wäre! Allerding: Aichern lehnte ein solches Ansinnen rigoros ab!

DR. ANTON RIEDL

Mit 21 Jahren, als ich nach meinem Zivildiensteinsatz, den ich damals Pakete verladend bei der Post verbrachte, war es mein direkter Vorgesetzter eines Sozialunternehmens, Dr. Anton Riedl, der mich als seinen Sekretär einstellte und einige Jahre – bis er beruflich wechselte – wohlwollend als Mentor förderte. Von ihm lernte ich, wie der Aufbau einer Organisation zu strukturieren ist, damit sie entsprechend funktionieren kann. Er war es, der mich fragte – Herr Aichmayr, in welcher Position sehen Sie sich in 5 Jahren, in 10 Jahren ... was wollen Sie in Ihrem Leben erreichen? Und auch – wo kann ich sie dabei unterstützen? Dass war eine Denke, die mir neu aber durchaus sympathisch war. Er war nicht nur an meiner Arbeitskraft interessiert, nein – an meiner Person und an meiner persönlichen Weiterentwicklung. 5 Jahre war er mein Chef – 5 tolle Jahre, in der ich lernte, mir selbst zu vertrauen – und auch meine Selbstwirksamkeit im Umgang mit anderen Menschen in unterschiedlichen Settings entdeckte. 37 Jahre war ich in diesem Unternehmen und gestaltete es wohl maßgeblich mit – aber das ist eine eigene Geschichte.

PARODIE IN DER POLITISCHEN ARBEIT FUNKTIONIERT NICHT – POLITIK HAT ERNST ZU SEIN

2003 wurde ich Obmann der Bürgerliste und wollte im Wahlkampf nicht unbedingt nur bitter ernst agieren. Ich erfand für die Bürgerlistenzeitung die Kunstfigur Zlatko V. Einen „geraden Michel“ aus Bosnien (ich wollte niemanden diskriminieren) der eben einfach Fragen in etwas gebrochenem Deutsch stellt. Der erste Zlatko V. Artikel belustigte den Großteil der Bevölkerung. Gleichzeitig gewann die Bürgerliste zu den bisherigen 2 Mandaten ein weiters dazu.

Unser Bürgermeister war betrübt und das berichtete die Vöcklabrucker Rundschau auch in ihrer Ausgabe:

Da musste der „gerade Michel“ Zlatko V. in unserer nächsten Ausgabe einfach kontern:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Also mit Bürgermeisterwahl alles gut gegangen – nicht alle Wähler haben gegeben Stimme, aber das immer so wenn nur ein Kandidat – ich denken, Sie sich da brauchen nicht machen viel Gedanken. Bevölkerung soll froh sein, dass macht ihnen jemand Bürgermeister. Kann ja nicht machen jeder und will auch nicht machen jeder – und Verantwortung ist nicht klein und manchmal sicher schwer für alle gleich da sein und auch Gesetze befolgen.

Bei Gemeinderatswahl hat auch Partei von Ihnen gewonnen – gut, Bürgerliste bisschen besser als vor Wahl, aber ÖVP ganz klar Partei Nummer 1: Hier kein Zweifel möglich.

In Rundschau Sie haben gesagt, dass Bürgerliste nix tun sechs lange Jahre. Das natürlich starke Spruch – und man muss sehen immer alles von mehrere Seiten. Mir fallen dazu ein chinesische Philosoph, Lao Tse, der sehr bekannt.

Er sagen einmal große Spruch: „Tun durch Nichtstun“. Vielleicht da was dran, denn möglich, dass manchmal nix tun ist besser als viel oder vielleicht gar zu viel tun – denn kann sein bei viel tun mehr falsch als bei nix tun. Trotzdem: Wenn für nix tun ein Mandat mehr, dann vielleicht doch nicht ganz falsch chinesische Philosoph. Oder auch Leute in Gemeinde haben genug von nix tun von Bürgerliste und sagen: Wir wählen, damit Bürgerliste endlich mehr tun.

Wer weiß, Leben ist kompliziert und nicht gerecht und in Politik immer noch einmal alles anders. Aber ich trotzdem wünschen alles Gute für 6 Jahre Amt, beste Grüße Zlatko V.

Diese Zeilen hätten mir beinahe das Bürgermeister-Amt eingebracht. Viele fanden meine Zeilen amüsant, ich wurde von einem ÖVP-Mandatar angerufen: „Ich habe auch gelacht, aber dann dachte ich mir, um Gottes Willen der Bürgermeister“ – und so war es auch, er hatte auf Grund meiner Zeilen daran gedacht, alles hinzuwerfen. Abends fand ich mich mit der gesamten ÖVP Riege bei ihm zu Hause ein. Die Stimmung war am Boden, die Frau des Bürgermeisters weinte ...! Erst doch den Artikel genau, der Zlatko V. meint es doch nur gut mit dem Seppi! „Christian, wenn Du uns den Seppi abschließt, dann machst Du den Bürgermeister, von uns macht ihn sicher keiner“ wurde mir beschieden. Nach zwei Stunden passte es wieder einigermaßen, Seppi wollte wieder Bürgermeister sein ... und ich wusste: Das Schlimmste ist für manche Menschen „Parodie“ – sie fühlen sich da extrem unterlegen und herabgemacht. Ich habe Zlatko V. dann öffentlich nicht mehr zum Einsatz gebracht!

Enttäuscht vom Ergebnis

RUTZENHAM / Enttäuscht vom Wahlergebn der Bürgermeisterwahl Josef Böhmer, der sich im Wahlkampf als „gerader Michel“ aus Bosnien vorgestellt hatte, zeigt sich im Gespräch mit der Redaktion „unzufrieden“ über die Ergebnisse. „Ich habe mich sehr bemüht, aber es hat nicht gereicht“, sagt er. „Ich habe mich sehr bemüht, aber es hat nicht gereicht“, sagt er. „Ich habe mich sehr bemüht, aber es hat nicht gereicht“, sagt er.



MEDIATION ALS KONFLIKTREGELUNGSPOTENTIAL AUF GEMEINDEEBENE

2004 im Februar schloss ich meine Ausbildung zum Mediator ab. Ich wollte für meine Diplomarbeit bewusst dem Thema „Konfliktregelung in der Gemeinde widmen“, weil ich schon mitbekommen hatte, was da zum Teil an nachbarschaftlichen Ressentiments von Generation zu Generation weitergegeben wurde – ohne dass überhaupt noch bewusst war, um was es damals ging. Es war ein Phänomen in Rutzenham, dass man einfach „gegen jemanden sein muss, dann „jst“ man erst wirklich“. Ich habe den gesamten Gemeinderat in die Abschlussarbeit eingebunden – alle haben mitgemacht.

Mediation als Konfliktregelungs-potential auf Gemeindeebene

Der Versuch eines Angebotes in der kleinsten Gemeinde Oberösterreichs, der Gemeinde RUTZENHAM

DIPLOMARBEIT

Von Christian A. AICHMAYR,
Bach 20, Gemeinde Rutzenham, 4690 Schwanenstadt
Tel. 07673/6100 bzw. 0664/3601595,
e-Mail: christian@aichmayr.com

Zum Ausbildungslehrgang MEDIATION
Linz 2003/2004 beim Institut MIT
(= Mediation, Identitätsentwicklung, Training oder auch Mediation
klassisch, Innersystemische Mediation, Transfer Mediation),
Hauptstraße 44, 4040 Linz,
Geschäftsführer und Lehrgangleiter: Mag. Wolfgang VOVSİK,
Tel. 0732/712222, Fax 0732/7122224,
e-Mail office@mit-linz.at, Internet www.mit-linz.at

Es gab sogar einen öffentlichen Termin in der Gemeinde, wo zum Thema „Mediation“ informiert wurde. 80 Leute waren da! Ein Ausbildungskollege war Hauptreferent, ich führte durch die Veranstaltung. Dieser Einstieg als Bürgerlistenobmann hat mir sehr viel an Wertschätzung und Respekt innerhalb des Gemeinderates wie auch der Gemeinde gebracht. Und auch die Stimmung im Gemeinderat selbst war im Regelfall – trotz mancher unterschiedlicher Zugänge, was auch sein muss und sein darf – gut. Die Zauberformel: Einigen wir uns, dass wir uns bei diesem Punkt nicht einigen können ... und trinken wir, ohne uns böse zu sein, trotzdem ein Bier gemeinsam! Das funktioniert im Regelfall bis heute!

NEUE WEGE DER KONFLIKTREGELUNG

„Mediation als Potential auf Gemeindeebene“
Eine Pflichtveranstaltung für aufgeschlossene
Gemeindegewohner
und engagierte Gemeindevandatare.

Wer mit Menschen zu tun hat, hat unweigerlich auch mit Konflikten zu tun. Diese Veranstaltung ist ein Versuch, ein neues Bewusstsein für Konfliktregelung zu schaffen, wobei mit Mediation die Gestaltung eines Prozesses möglich wird, der darauf ausgerichtet ist, schwierige und kritische Situationen zu bearbeiten und für alle Betroffenen eines Konfliktes eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu entwickeln.

Referent: Robert SCHMIDT, Buch/Tirol
NLP-Coach, Dipl. Lebensberater, Mediator unter Supervision
Donnerstag, 19. Februar 2004,
19.30 Uhr im
Pfarrheim Bach, Gemeinde Rutzenham,
4690 Schwanenstadt
Eintritt € 3,50 (ATS 48,16)

Eine gemeinsame Veranstaltung des Katholischen Bildungswerkes Bach und des Kulturausschusses der Gemeinde Rutzenham.

Ich habe meine Diplomarbeit auch den politischen Parteien im Landtag übersandt und sie dem Gemeindebund übermittelt. Es gab auch eine Anfrage meinerseits, ob man nicht in der OÖ. Gemeindezeitung über meine Arbeit informieren könnte. Das wurde schriftlich abgelehnt – auch die Rückmeldungen der Parteien waren spärlich – das interessierte damals niemanden! Heute ist das anders, inzwischen ist beim Gemeindebund Mediation durchaus bekannt!

DDDR. Mult Hilarion PETZOLD

Dann musste ich 50 Jahre werden, um wieder eine Begegnung zu haben, die etwas in mir bewegte. Diese fand an der Donau-Uni in Krems, bei meiner Ausbildung zum integrativen akademischen Supervisor und Coach statt, der wissenschaftliche Leiter der Ausbildung war Dr. mult Hilarion Petzold, Begründer des Psychotherapieverfahrens der integrativen Therapie. Petzold war eine durch und durch intellektuelle Persönlichkeit – er hatte alles in seinem Kopf parat, benötigte keine Unterlagen zum Vortrag. Und suchte in den Pausen immer das direkte Gespräch mit uns Studierenden um zu hinterfragen, wie das eben Gehörte auf uns gewirkt habe, und welche Assoziationen wir damit verbinden oder damit auch in uns geweckt wurden. Seine mitgebrachte Literatur, die er am Schreibtisch parkte waren – Bastei Schundromane oder Mickeymousehefte. Er der durch und durch behirnt – das Lenken eines PKW's ist solch behirnten Menschen nicht mehr möglich, aber das wissen sie auch – war er brauchte das zum Ausgleich. Petzold erkannte aus kleinen Sequenzen – das dahinter stehende große Ganze. Da war er Meister! Am Ende der Ausbildung kam sein Appell: Sie sind nun ausgebildeter Supervisor – gehen Sie raus in die Welt, verfolgen Sie bewusst die vielfältigen gesellschaftspolitischen Prozesse, machen Sie sich ein persönliches Bild davon, beobachten Sie, analysieren und hinterfragen Sie und kommentieren diese! Ich bitte Sie - und publizieren Sie dann, dass ist Ihre Aufgabe mit dieser Ausbildung – wer sollte es sonst machen?

Die BOTSCHAFT IST SCHLECHT, TÖTET DEN BOTEN

Und zu Petzold noch eine Geschichte, die typisch für Österreich ist: Dabei geht es um systematisches Wegschauen, um Negieren, darum einen Lästigen loszuwerden, der da mit einer Sache kommt, die nicht ins Bild passt: 1989 fog der Lainskandal auf. 4 Schwestern hatten von 1983 bis 1989 42 Patienten getötet! Petzold war so um 1987 als Supervisor beim Lainzerpersonal tätig und bekam in dieser Funktion mit, dass da offensichtlich „gefährliche Pflege“ abläuft. Obwohl er in der Funktion als Supervisor natürlich an die Schweigepflicht gebunden war, meldete er aus Verantwortungsbewusstsein seine Wahrnehmungen den zuständigen Beamten beim Magistrat Wien. Die Konsequenz – Er wurde aus der Supervisorenliste gestrichen. Erst zwei Jahre später kam der Skandal ans Licht!

Mit 58 Jahren machte ich eine ähnliche Erfahrung – nur bei mir gab es keine Todesfälle im Hintergrund – die mir nach 37 Jahren meinen Job kostete: Als ich feststellte, dass mit dem Magistertitel meines Chefs etwas nicht stimmen konnte – was sich auch bewahrheitete – er hatte die entsprechende Urkunde gefälscht und niemals einen Zugang zu einem ordentlichen Studium gehabt – auch die von ihm angegebene Matura oder die Absolvierung der Sozialakademie war erlogen – da er offensichtlich Schulabbrecher war, war der Vorstand entsetzt. Nicht über ihn – nein über mich ... da diese Entdeckung dem Unternehmen in der Öffentlichkeit schaden würde. Ich sollte zuerst entlassen werden, das wurde vom Arbeits- und Sozialgericht abgelehnt ... die Kündigung ging durch!

PRÄSENZ MIT DER STIMME – GESELLSCHAFTSPOLITIK AUF RADIOEBENE

Petzold aber hat mich nach meiner Ausbildung zum Radiojournalisten dazu bewegen, eine eigene Sendereihe zu starten, die seit August 2015 zweimal monatlich in den Freien Radios läuft und in welcher ich selbst – ohne jemanden fragen zu müssen – Themen besetze und mir Interviewpartner suche, die ich interessant finde. Auch eine weitere Sendereihe läuft von mir – diese schon seit Juni 2008 – aber da geht es primär um meine Leidenschaft „Musik“! Aber auch in diesem Rahmen habe ich schon Themen transportiert.

Das schöne an der Gestaltung von Radiosendungen ist, dass sich dadurch Türen für mich öffnen, die mir sonst verschlossen geblieben wären. Und – es ist ja dabei immer auch der Teil des Anwärrens dabei, ein Small-Talk ... und als Fragender, bin ich derjenige der da die Führung inne hat. Und es ist immer auch die Möglichkeit gegeben, bei dieser Form des Kennenlernens auch Themen einzubringen, die mir in meiner gesellschaftspolitischen Agenda wichtig sind. Die Endverantwortung für das Produkt Interview habe ich – und die Interviewten wollen positiv herüber kommen. An die 230 gesellschaftspolitische Sendungen habe ich bisher gemacht. Zahlreiche Politiker waren da meine Gesprächspartner!



Aber auch Rutzenham selbst wurde im Radio präsentiert: Einen Beitrag gab es mit der Pfarrrepositor, mein Sohn Vincent präsentierte mit 9 Jahren ein Gemeindeportrait und wir präsentierten uns mir als Bürgerliste in einer eigenen Sendung. Und bereits 2013 gestalteten wir als Bürgerliste einen eigenen Beitrag zur Volksbefragung Wehrpflicht.

Denn Generell: Der Zugang zu Medien ... mein jahrzehntelanger Eindruck: Alles wird sorgfältig gesiebt, großes Interesse gibt es nicht, Themen von Bürgerlisten zu forcieren. Was immer funktioniert: Spenden ... Oder eben ein „herziger“ Bericht vor Wahlen – von wegen, seht her, diese kuriosen Idealisten kandidieren auch.

NEUAUFSTELLUNG DER BÜRGERLISTE RUTZENHAM

Als ich 2009 eine völlig veränderte personelle Situation bei der Bürgerliste Rutzenham vorfand – wir hatten 2003 noch zu viert kandidiert und plötzlich hatten sich die anderen drei Mitsstreiter entschlossen, nicht mehr zur Wahl anzutreten ... ergab es sich, dass ich mit dem in die Gemeinde neu hinzugezogenen Mag. Karl Scheuringer, einen Universitäts-Lehrer und Psychotherapeuten noch jemanden gefunden habe, der bereit war, für die Bürgerliste zu kandidieren.

Das erste was ich machte, war, uns neu zu erfinden ... die alte Bürgerlistenzeitung namens „Rutzl“, in dem es auch den „Rutzlwurm“ gab, der de-facto dazu war, interne „Gemeindegandale“ zu beschreiben, war ohnehin nie das Meine gewesen ... jetzt musste ein neuer Name, ein neues Outfit – ein Logo her. Eine Zeitung repräsentiert auch ganz wesentlich das äußere Erscheinungsbild einer Gemeinderatsfraktion. Und unsere Zeitung sollte sich auch Themen widmen, die nicht nur die Gemeinde im Visier hatten.

Es kam „Vor Ort“ – Ansichten, Einsichten und Aussichten der Bürgerliste Rutzenham. Unsere erste Zeitung erschien vor der Wahl 2009, die nächste Ausgabe vor Weihnachten ... und genau diesen Rhythmus behielten wir bis heute bei.



In unserem Logo finden sich auch die Motive des Gemeindegewappens, das war uns wichtig!



Das heißt, wir haben ein bürgerlisteninternes Sprachrohr, welches wir beliebig oft verwenden können, welches ich auch gerne an alle möglichen politischen wie auch sonstigen Menschen weitergebe und die auch die regionalen Medien bekommen – und wo wir durchaus immer wieder Lob bekommen. Der Nationalratsabgeordnete Gerald Loacker schrieb mir, „Wir NEOS in Vorarlberg wären stolz wenn wir eine solche Zeitung hätten!“ Und aktuell arbeiten wir an einer website!

Eine neue Herausforderung fand sich bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2015: Seit 1985 hatten in Rutzenham immer nur ÖVP und Bürgerliste kandidiert und sich die 9 Mandate aufgeteilt. Nun hatte auch die FPÖ ihre Kandidatur angemeldet. Da mir klar war, dass die Bürgerliste gemeindeintern auch von FPÖ'ern gewählt wird, überlegte ich, was kann ich im Vorwahlkampf noch anbieten. Im Sommer 2015 hatte ich im Rahmen der Ausbildung zum Radiojournalisten meine „Gesellenstück“ abgeliefert – eine einstündige Live Sendung, ein Essay zum Thema „Islamischer Staat und Flüchtlingswelle“. Diesen Beitrag brannte ich an die 50 x auf CD's und verteilte ihn mit unserer Zeitung in der Gemeinde. Generell waren die Rückmeldungen darauf überaus positiv ... wir schafften wieder unsere 2 Mandate, die VP verlor 2 Mandate und die FPÖ zog mit zwei Mandaten und ein paar Stimmen mehr als wir in den Gemeindevorstand und in den Gemeinderat. Meine Erfahrung: Etwas zu tun, was andere nicht tun – und Information zu einem Thema aus eigener Hand anzubieten, mit welchem wir alle damals so ziemlich überfordert waren, war ein Alleinstellungsmerkmal für uns als Bürgerliste!

Und: Dieser Radiobeitrag von mir wurde auch sehr häufig gestreamt und auch von Radio Orange in Wien wie auch von Radio Hellsinki in Graz übernommen. Der link: <https://cba.fro.at/295627>

THEMA GEMEINDEFUSION

2014 wurden die 5 Plus Gemeinden (von denen Rutzenham eine ist – die anderen sind Pitzenberg, Pühret, Oberndorf bei Schwanestadt) vom Landesrechnungshof hinsichtlich allfälliger Vorteile bei einer Fusion untersucht und das Ergebnis dann vier Gemeinderäten präsentiert – Finanzielle Einsparung jährlich ... auf alle Fälle mindestens € 161.000,-. Ich habe in der Folge dann das Thema besetzt, machte Radiointerviews mit dem Landesrechnungshofdirektor Ing. Dr. Friedrich Pammer, mit Landesrat Elmar Podgorschek und mit der vom Land OÖ beauftragten Prozessbegleiterin Dr. Gerlinde Stöbich. Und vom Verein WIESO gab es eine Informationsveranstaltung dazu, die von mir moderiert wurde. Von Auswärts war dazu Judith Raab von den NEOS gekommen – am Ende der Veranstaltung stellte sie die Frage an die Anwesenden, wer könnte sich vorstellen, dass da zumindest einmal ein Prozess gestartet werden sollte, um dann nach dem Vorliegen von konkreten Ergebnissen eine Entscheidungsgrundlage für Ja oder Nein zu haben. 90 % der etwa 120 Anwesenden zeigten auf. Die Hände unserer vier Bürgermeister blieben unten. Ich wurde von Schwanestadt News zu einer Stellungnahme gebeten: <https://schwanenstadt.news/article/im-gespraech-christian-a-aichmayr> und auch Dr. Gerlinde Stöbich wurde befragt: <https://schwanenstadt.news/article/gemeindefusion-pro-contra>

Im Dezember 2017 lud der Schwanestädter Bürgermeister Karl Staudinger die umliegenden Landgemeinden Schlatt, Rüstorf, Redlham und die 4 Plus Gemeinden zu einem von Dr. Gerlinde Stöbich moderierten Gespräch punkto Überlegungen einer Fusion ein. Was da gruppendynamisch unter 8 ÖVP Bürgermeistern abließ war ein Schauspiel, wie ein Abend perfekt aus dem Ruder laufen kann. Sachlichkeit war ein Fremdwort – das war Emotion pur ... auch ich wurde mit Kritik auf Grund meiner Radiointerviews zu diesem Thema bedacht!

Argumente gegen eine Fusionierung:

- Wir sind ja näher bei Attnang als bei Schwanestadt (Pühret)
- Unsere Bevölkerung ist oft in Vereinen bei Atzbach dabei (Pitzenberg)
- Wir haben eine Umfrage gemacht, 95 % der Bevölkerung lebt gerne bei uns (Redlham)
- Mit der Ortsbauernschaft in Rutzenham kann ich nicht so gut (Pühret)
- u.v.m.

Argumente, die keine Argumente sind ... Der seinerzeitige Landesrat Podgorschek im Gespräch mit mir: „Wir wissen, dass wir den Bürgermeistern ein Angebot machen müssen, den es geht um ihren Job, in den sie gewählt worden sind“ – haben aber Bedenken, dass das gleich auch wieder eine Neiddebatte auslöst ...“.

Bereits im Wahlkampf 2015 war das für mich Thema. Bewohner von Rutzenham äußerten sich oftmals dahingehend, „uns wundert, dass wir noch immer nicht beisammen sind!“ Aktuell ist das Thema erledigt ... es wird derzeit auch von mir auf Grund meiner Erfahrungen nicht besetzt.

Schützenhilfe bekam ich seinerzeit auch von den Grünen – wobei ich speziell mit Rudi Anschöber und Gottfried Hirz (beide kommen aus meinem Jugendfreundeskreis, d. h. wir kennen uns seit 40 / 50 Jahren) eine recht gute Gesprächsbasis habe, die ich sehr schätze.



OBERNDORF: Grüne für Prozess der Fusion mit Schwanestadt.

Der Landesrechnungshof hat bei einer Folgeprüfung der Verwaltungsgemeinschaft von Oberndorf, Pitzenberg, Pühret und Rutzenham festgestellt, dass durch den Zusammenschluss schon jetzt jährlich 75.000 Euro eingespart werden. Noch größere Potenziale hätte allerdings eine tatsächliche Fusion des Kleeblatts zu einer Gemeinde: Neben einer effizienteren Raumordnung würde sich eine Einsparung von 561.000 Euro ergeben.

„Eine Fusionierung wird von uns Grünen auf jeden Fall unterstützt, sie ist eine große Chance für alle Gemeinden.“ kommentiert der ÖVP-Landrat Gottfried Hirz. Er würde dabei nicht nur eine Fusion der vier Gemeinden vor „Auch Schwanestadt gehört hier mitdrängen, schon jetzt wird vieles an Infrastruktur von der gesamten Bevölkerung gemeinsam genutzt.“



Auch Karl Vösl, Stadtrat der Grünen in Schwanestadt, unterstützt die Fusionspläne: „Wichtig ist, die Menschen gleich von Beginn an einzubinden.“ Christian Aichmayr von der Bürgerliste Rutzenham dazu: „Viele Bürger unserer Gemeinde berichten mir über ihre Verunsicherung, warum die Gemeinden nicht schon längst beisammen sind.“

SPENDENBERICHTE SIND IMMER UNVERFÄHGLICH – WENN DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE ENTLASTET WERDEN, GOUTIEREN DAS AUCH DIE ZEITUNGEN

Die Bürgerliste Rutzenham hat immer gerne gespendet:

- Für die neuen Kirchenglocken
- Für den Bau des neuen Feuerwehrhauses
- Für die Schulbücherei in der Volksschule
- Für die Ausstattung des Turnsaales in der Volksschule
- Für die technische Ausstattung im Kindergarten (Laptop, Fotoapparat)
- Für die Schulbücherei der Pestalozzi-Schule in Vöcklabruck
- Erdbebenopfer in Haiti
- Überschwemmung in Pakistan
- Aufbau nach dem Tsunami in Indonesien
- Hospizbewegung in Vöcklabruck
- Für die Essensausgabe in Nyiregyhaza in Ungarn
- Einige Jahre bekamen die Eltern bei der Geburt ihres Kindes € 50,- als Willkommensgeschenk

Was bleibt ist oft ein fahler Nachgeschmack und der Eindruck, immer mehr versagt die Öffentliche Hand die notwendige Unterstützung: Turngerät, Bibliotheksbestand oder die Technische Ausstattung des Kindergartens – kann es das sein?

KULTURFÖRDERUNG – EIN SCHWERPUNKT DER BÜRGERLISTE RUTZENHAM

Wir verfügen über kein großes Budget – de-facto wird dieses schwerpunktmäßig von einem Teil der Aufwandsentschädigung des Obmannes gespeist. Wir konnten schon seit Jahren beobachten, dass die Öffentliche Hand immer weniger Geld in die Hand nimmt, wenn es um die Förderung von alternativer Kultur geht – für die Repräsentationskultur ist immer genug Geld da.

Ganz wichtig ist uns daher die Kulturförderung: Wir unterstützen jahrelang das „Freie Radio Salzammergut“ bis uns beschieden wurde, es wäre problematisch wenn eine politische Gruppierung subventioniert (!). Der internationale Kinder- und Jugendbuchwettbewerb, der jedes Jahr vom Stadtmuseum Schwanestadt ausgeschrieben wird, wird gleichsam jährlich mit € 100,- unterstützt.



Den Kulturverein „Kino Ebensee“ unterstützen wir seit 2010 mit einer jährlichen Subvention von € 200,-, da wir das kulturelle Angebot dieses Vereines sehr schätzen und selbst auch gerne davon Gebrauch machen.

Präsenz in den sozialen Medien schadet durchaus nicht:

Die fragwürdiger Kulturförderung der Motohall in Mattighöfen durch das Land OÖ, in Höhe von 1,8 Mio. Euro ist schlichtweg widerlich und eine Machtdemonstration der herrschenden Politik (aus anderen Quellen gab es ja noch zusätzliche Förderungen in Millionenhöhe).



FLÜCHTLINGSWELLE 2015 UND DEREN AUSWIRKUNG AUF GEMEINDEEBENE

Bürgerlistenmandat ist man nicht nur in Gemeinderatsitzungen – man ist es immer wieder auch (mehr oder weniger) in anderen Lebenssituationen!

Zum Beispiel dann, wenn das Pfarramt in der Gemeinde beschmiert wird, in dem eine syrische Flüchtlingsfamilie untergebracht war:

Ich habe als Bürgerlistenmandatar einen Leserbrief an die ÖÖ. Nachrichten geschrieben, der auch prompt veröffentlicht wurde – nächste Seite.

Aber: Einige Monate später wurde der Sprayer ausgeforscht – ein über 70-jähriger Landwirt aus unserer eigenen Gemeinde hatte mehrere Jahre lang bei nächtlichen Ausfahrten in der Umgebung von Rutzenham immer wieder ausländerfeindliche Slogans hinterlassen: Gesamtschaden um die € 60.000,--. Ich bin sofort zu ihm gefahren und habe mich mit ihm und seiner Familie zusammengesetzt ... Im Hinblick auf „Was jetzt, geschieht das nicht von Dir – die Folgen musst eh jetzt tragen, schade das Du keine anderen Möglichkeiten gefunden hast, Deine Ängste zu äußern“. Seitens der Gemeindevertretung war ich der Einzige, der sofort das Gespräch gesucht hat. Aber das sehe ich als meine Verpflichtung als Bürgerlistenmandatar an.



Nicht nur in diesem Fall: Ich kann die Tat verurteilen, ich mache es aber nicht mit dem Täter ... das ist auch ein Grundsatz von Neustart, wo ich seit einigen Jahren als ea. Bewährungshelfer tätig bin.

Im Pfarrheim Bach ist eine Flüchtlingsfamilie einquartiert.

Gleich nach dem Bekanntwerden des Einzuges wurde am Pfarrheim "Mosche" aufgesprayt, dieses Wochenende war nun "Lesen Koran" zu entziffern. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass "Mosche" ein hebräischer männlicher Vorname ist, zu vermuten ist, dass "Moschee" gemeint war – da haben es die Sprayer wohl mit der Rechtschreibung nicht so genau genommen.



Wenn ich das gesellschaftspolitische Umfeld betrachte, ergibt sich ein anderer Kontext: Eine massive Ablehnung der in Bach erlebten Unterstützung von Menschen, die den Wirren des Nahen Ostens entkommen sind. Die Familie, die aus dem kurdischen Teil Syriens stammt und von engagierten Menschen unterstützt wird, erlebe ich als sehr bemüht, sich in unserer ländlichen Gemeinde einzubringen und auch aktiv einzubringen.

Dass unsere Gesellschaft das Thema Flüchtlingspolitik rigoros überfordert, erleben wir alle. Und die Meinungsvielfalt wie auch die Meinungsdifferenzen sind in ihrem Ausmaß riesig. Auch ich persönlich ringe um Standpunkt, Einschätzung, Analyse wie auch Emotionen: Eines ist klar – Schwarz/Weiß gibt es bei diesem Thema nicht – es beinhaltet unheimlich viele Teilaspekte und ist in sich sehr komplex! Was für mich nachvollziehbar wiederum ein hohes Maß an Verunsicherung hervorruft. Klar ist aber für mich: Wandtschaften in dieser Form bringen uns überhaupt nicht weiter – verhärtet nur Fronten. Was ich mir für unsere weitere notwendige gesellschaftspolitische Entwicklung wünsche, ist die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger, im Alltag Zivilcourage zu leben und mit Mut öffentlich zur eigenen Meinung zu stehen! Auch wenn das manchmal un bequem und herausfordernd ist und man damit nicht überall auf Freude und Freunde stößt. Ich erlebe, man hört sich gegenseitig nicht mehr zu – schon gar nicht jene, die sich in der Flüchtlingsdebatte meinungsmäßig in ihrem Weltbild völlig konträr gegenüberstehen ("Refugees welcome" – "Grenzen dicht!"). Beide Extremstandpunkte wird es nicht spielen, aber beide Lager könnten durch mehr Diskursbreiterschaft ihren Horizont erweitern.

Christian Aichmayr, Bach 20, Bürgerliste Rutzenham

AKTIVITÄTEN IM GEWERKSCHAFTLICHEN BEREICH

Bereits 2007 hatte ich gemeinsam mit der Organisationssekretärin der AUGE/UG, Dr. Christian Krall, eine Broschüre „Stopp Burn-Out“ verfasst, die bislang eine Auflage um die 80.000 Stück hat. Ich habe so sicher an die 85 Vorträge und Refrate zu diesem Thema gehalten, dabei die Broschüre aufgelegt und damit auch Werbung für die AUGE/UG gemacht. Durch die gemeinsame Arbeit trat ich dann dieser Gewerkschaftsgruppierung bei und verfasste in den Folgejahren beinahe für jede Ausgabe der Bundeszeitung „Die Alternative“ arbeitsrechtliche Artikel. Artikel von mir fanden und finden sich nach wie vor auf der web-site der AUGE/UG, dreimal kandidierte ich für die AK-Wahlen in OÖ. (allerdings immer an aussichtsloser Stelle). Aktuell bin ich als fachkundiger Laienrichter am Arbeits- und Sozialgericht in Tied i. I. über die AUGE/UG nominiert – eine Funktion, die ich gerne wahrnehme. Die Mitgestaltung an der Zeitung „Die Alternative“ habe ich eigentlich beinahe eingestellt – nachdem Artikel von mir nicht immer die Zustimmung der Redaktionslinie fanden. Irgendwie schade!

**Stopp Burn-Out
Auflagenrekord bei Infobroschüre**

Dieses Thema "Burn-out" war im November 2007 bereits viel diskutiert, doch kompakte Information dazu fehlte, als Dr. Christian Krall und Christian Aichmayr für die Alternativen und Grünen Gewerkschaften in Oberösterreich (AUGE/UG) eine Informationsbroschüre verfassten, die von der Ideen- und Werbeagentur Zaubertal / Erwin J. Franz gestaltet wurde.

Christian Krall, Organisationssekretär der AUGE/UG Oberösterreich, und Christian Aichmayr, der selbst von Burn-out betroffen war und Vorträge zum Thema hielt, waren am 6. Oktober 2008 in der Radiosendung "die positive stunde" zu Gast bei Alfred Roland auf Radio FRO:

"In diesem Prozess der sich Burn-Out nennt und über den es viele geschätzte Bücher gibt, gibt es einen Punkt, wo es kein Zurück mehr gibt für den Betroffenen, die Betroffene selbst. Und da hab ich mir gedacht erstens für mich selbst diesen Punkt selbst zu eigentlich immer im Auge haben, bevor er eintritt und auch man sollte anderen Menschen helfen diesen Punkt zu erkennen. Und das geht da durch, indem man Informationen bekommt", schilderte Christian Krall seine Erkenntnis, aus der heraus sich die Broschüre entwickelte.

**Auflagenrekord:
bundesweit 23.000 Stück**
Im November 2007 erschien die Broschüre "Stopp Burn-out. Wissen, Maßnahmen, Gleichgültig, was wir machen."



haben uns bemüht, beide Aspekte zu bringen: den gesellschaftlichen - den strukturellen in den einzelnen Betrieben - und den ganz persönlichen."

Bereits im Jänner 2008 wurde nachgedruckt und nach Oberösterreich erschien die Broschüre auch in anderen Bundesländern: Im April folgte die Steiermark, seit September ist die Broschüre "Stopp Burn-out" auch für Wien, Niederösterreich und das Burgenland erhältlich. Die Gesamtauflage liegt derzeit bei 23.000 Stück.

UNABHÄNGIGKEIT DER PRINT-MEDIEN?

Wenn ich nun über „positive Pressearbeit“ erzählen soll, ist das schwierig – leichter fällt es wohl etablierten Parteien, die eben ihre Pressemeldungen herausgeben – und wir wissen, die ersten Seiten in einer Tageszeitung ist im Regelfall immer der Politik vorbehalten. Aber es ist die herrschende Politik, die Presseförderungen vergibt und daher hat bestimmt sie weitestgehend mit, was zu erscheinen hat. Kein Nachteil ist es sicher, Journalisten persönlich zu kennen – und als „Radiojournalist“ bin ich ja Kollege!

Die sogenannte Unabhängigkeiten von kritischen Medien wie wir Falter, Profil oder auch Dossier – sie sind Teil des Gesamtsystems, man braucht sie um den Bürgern das Gefühl zu vermitteln, da gibt's ja sehr wohl was anderes auch.

Ich habe im September 2016 eine 2-tägige Fortbildung zum Thema „Investigativer Journalismus“ bei Dossier-Chefredakteur Florian Skrabal absolviert. Er hat uns einige technische Tricks gezeigt wie man z. B. eine Website eines Unternehmens mit einem in der Vergangenheit liegenden Datum wieder herstellen kann, das war auch durchaus spannend. Er selbst hat uns demonstriert, wie er zu Eigentumsverhältnissen des Österreich-Herausgebers Wolfgang Fellner recherchiert hat. kann schon sein, dass das manche Menschen interessiert. Als ich ihm dann Unterlagen überreichte, die auf einen Steuergeldmissbrauch von mindestens 5 Mio. hingewiesen haben, hat er diese nach dem Seminar zwar angenommen – einige Tage später aber mitgeteilt, dass er für so was keine Zeit hat! Für Aufregung sorgte Dossier auch, als aufgedeckt wurde, dass die Stadt Vöcklabruck einen zu hohen Wasserzins einhebt. Das ist investigativer Journalismus in Österreich heute! Dossier hat inzwischen auch ein eigenes Zeitungsmagazin – nach meiner Erfahrung habe ich das nun aber nicht mehr weiter verfolgt!



Wenig Sinn macht es, einen Politiker von einer Missbrauchsgeschichte zu informieren. Da habe ich meine Erfahrungen gemacht! Verwendet wird diese nur dann werden, wenn es der politischen Situation gerade dienlich ist. Wie z. B. die Verurteilungen der BZÖ-Leute in Kärnten wegen Untreue im Jahr 2017 - es wurde eine BZÖ-Broschüre auf Landeskosten erstellt - war ja auch nur nach dem Machtwechsel möglich.

Einen der wenigen Journalisten die ich schätze, ist Werner Pöchinger von der ÖÖ. Krone – er wiegt zumindest realistisch ab, was er bringen kann oder eben auch nicht. Ihn habe ich als „geraden“ Menschen kennen gelernt ... bei dem ich mich zumindest auskenne, wieso er was tun kann oder eben auch nicht. Er hat ja auch den 1. Fortbildungstag der ÖÖ. Bürgerlisten am 29.02.2020 angekündigt, und das mit einer sehr sympathischen Überschrift: „Die Klugheit der Einzelkämpfer“ ...

Erste Fortbildung auch zum Thema Korruptionsprävention:

Bürgerlisten rüsten für Wahl

63 Bürgerlisten sind in diversen oberösterreichischen Gemeinden vertreten, die meisten davon werden bei der Wahl 2021 wieder antreten. Mittlerweile 22 davon sind in einem im Aufbau befindlichen Bündnis mit dem Kürzel BLOO vernetzt, dessen neue politische Akademie morgen, Samstag den ersten Fortbildungstag abhält.

Von der richtigen „Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ und Korruptionsstaatsanwältschaft“ über „Positive Pressearbeit“ oder „Gruppendynamik in der politischen Entwicklung“ bis zu „Neue mögliche Wege für regionale Lebensmittell“ reicht das Spektrum der Vorträge in der Politischen Akademie der Bürgerlisten, die der Erwachsenenbildner Christian Aichmayr leitet. Primär geht es bei dieser neuen Bürgerlisten-Plattform um Vernetzung, aber auch um einen Versuch, durch ein landesweites Dach für den Bezug einer Parteienfinanzierung vom Land Oberösterreich berechtigt zu werden – was ja für den kommenden Wahlkampf nicht unerheblich wäre. Erster Obmann des Bündnisses ist Dr. Martin Gollner, ehemals ÖVP, von der Bürgerliste Peuerbach. 10

OB DER ENNS

Die Klugheit der Einzelkämpfer

Bislang waren die Bürgerlisten in Oberösterreich meist stark auf diese Weise auch für Gedankenaustausch und Fortbildung zu sorgen. Der damit verbundenen Wunsch, so auch an Parteienfinanzierung zu kommen, ist zwar pikant, aber legitim. Man könnte das Geld ja bei den großen Parteien abwickeln.

WERNER PÖCHINGER

DER VEREIN W(e)SO – EINE ANDERE MÖGLICHKEIT GESELLSCHAFTSPOLITISCHE THEMEN ZU BESETZEN

2016 ergab sich meine Mitgliedschaft im Verein W(e)SO – Wirtschaft und Soziales – und da ist man auch deshalb genau auf mich zugekommen, weil ich Bürgerlistenmandat bin: Das ist für mich eine weitere Möglichkeit medienwirksam präsent zu sein – den W(e)SO Veranstaltungen werden medienwirksam beworben. Wie auch die Kooperation mit Schwannstadt News ... wo auch immer wieder Berichte von mir präsentiert werden. Allenfalls auch Leserbriefe – die sind oftmals leichter unterzubringen, wenn ich nicht als Bürgerliste agiere! Und ich kann immer herrlich eine Brücke zum Radio schlagen – im Regelfall interviewe ich die Vortragenden dieser Veranstaltungen auch für meine Sendung (2019: Schulmeister, Mitterlehner, Lendvai).

Über meine Aktivitäten beim Verein W(e)SO lerne ich laufend Journalisten kennen – denn meine Aufgabe ist es, bei den öffentlichen Veranstaltungen entweder den gesamten Abend zu moderieren, oder zumindest dann – wenn z. B. die ÖÖ. Nachrichten als Sponsor auftreten – zu begrüßen, vorzustellen, auf den Ablauf der Veranstaltung zu achten und eben dann deren Zusammenfassung und den Abschluss zu gestalten.

Immer wieder werde ich deshalb gefragt, wer sind sie denn, was machen Sie sonst ... und wenn ich dann auch meine politische Funktion als Bürgerlistenobmann erwähne, dann ist kurz mal Interesse da ... medial konnte die Bürgerliste da noch nie davon profitieren ... auch wenn da gemeint wird, das ist ja interessant, da könnte ich ja mal was bringen. Der Verein W(e)SO stellt am Jahresende immer seine Aktivitäten des Jahres in der offiziellen Gemeindezeitung vor, aber es gibt auch eine web-site, 2016 war Karin Neissl zu Gast um ihr Buch „Mein naher Osten“ vorzustellen:



Mit Karin Neissl habe ich in der Folge zwei Radiobeiträge zum Thema „Naher Osten“ gestaltet, einer war ein Telefoninterview mit ihr – welches sogar in Thüringen ausgestrahlt wurde. Dabei habe ich sie als kluge Fachfrau erlebt: <https://cba.fro.at/311516>

Als „Parteilose“ war sie ja nach der Nationalratswahl 2017 von der FPÖ als Außenministerin nominiert worden. Ihr Agieren dabei war ja nicht immer ganz glücklich. Der Putin-Knicks bei ihrer Hochzeit und die zelebrierte „Solidarität“, als sie sich beim Abdanken des Vizekanzlers H.C. Strache nach der Ibiza-Affäre themen demonstrativ bei der TV-Übertragung neben ihm stellte, hat auch mich einigermassen verwundet.

DIE TUGEND DER ANPASSUNG

Generell: In unserer Gesellschaft wird mehr und mehr gleichgeschaltet ... Haltung einnehmen, eine eigene Meinung vertreten ... ist nicht mehr unbedingt gefragt. Wir sind die Gesellschaft der Angepassten, wir kuschen und buckeln ... es wird nichts riskiert, es könnte einem ja schaden ... Ein diesbezügliches Highlight erzähle ich kurz ... 2015 habe ich bei Radio FRO die Ausbildung zum Radioredakteur absolviert ... eine meiner Ausbildungskolleginnen war damals die Öffentlichkeitsmitarbeiterin eines großen Sozialunternehmens, welches in ganz Österreich tätig ist. Nachdem auch ich – 37 Jahre lang – von Februar 1980 – Jänner 2017 – im privaten Sozialbereich in einem Unternehmen mit etwa 600 Mitarbeitern tätig war, davon die letzten Jahrzehnte als Personalist gab es natürlich einige Gemeinsamkeiten. Schockiert war ich als sie mir erzählte, sie hätte bei der Einstellung zu ihrem Dienstvertrag noch einen Sidelletter unterfertigen müssen, in dem sie erklärte, sie würde es ausschließen, sich parteipolitisch in keinster Art zu betätigen oder zu äußern. Sie hat die Ausbildung bei Radio FRO dann auch abgebrochen, da ihr Dienstgeber ihr dann verbot, radiomäßig tätig zu werden. Sie hat inzwischen ihr Dienstverhältnis dort beendet.

DIE SPALTUNG LINKS - RECHTS

Das Auseinanderdriften der Gesellschaft, das nicht mehr Sprechen miteinander akzeptiere ich für mich nicht. Als im Wochenblick ein Artikel über die „so linken“ Freien Radios erschien, die auch Subventionen vom Land ÖÖ. bekommen (sowie auch einen kleinen Anteil bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren) setzte ich mich sofort mit Redakteur Kurt Guggenbichler in Verbindung, verwies auf einige Beiträge von mir und stellte dar, dass ich sein „Bild“ so nicht ganz nachvollziehen kann. Bei einem gemeinsamen Kaffee tauschten wir uns einige Wochen später aus ... Das Gespräch verlief angenehm – wir hörten einfach einander zu. Ein Monat später gab es in Linz eine Kunstaktion mit dem Aufbruch eines Muezzins zum Gebet. Viele Bürger waren völlig irritiert. Der Wochenblick brachte ein Interview mit dem Künstler – sehr differenziert, sehr fair. Auch wenn er die Aktion insgesamt nicht begrüßte! Es geht immer um einen Diskurs – den Versuch ist es zumindest wert.

Aber: Als ich bei einem Facebook-Posting mein Gespräch mit Guggenbichler erwähnte, wurde kam aber auch Kritik: „Mit solchen Leuten trinkt man nicht Kaffee“.

JAHRESBERICHTE

W(e)so – Verein für Wirtschaft und Soziales
Aktivitäten des Vereines W(e)SO im Jahr 2019

Filmvorführung Äthiopien Albert Minarik

Am Donnerstag, 28.03.2019, führte Albert Minarik zwei Filme über seine Äthiopienreise vor, die er vor einigen Jahren gemacht hatte. Äthiopien hatte im Jahr 2017 109 Millionen Einwohner, 1960 waren es noch 22 Millionen Menschen, die dort lebten. Aktuell arbeitet die Regierung daran, speziell die Textilindustrie auszubauen, insgesamt sollen 16 neue Industrieparks entstehen, dabei sollen dann tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Albert Minarik hat in seinen beiden Filmen gekonnt die regionalen Unterschiede in diesem afrikanischen Vielvölkerstaat aufgezeigt – von der rastlosen und pulsierenden Hauptstadt Addis Abeba bis hin zu Regionen, in denen noch Naturvölker leben.

Vortrags- und Diskussionsabend Dr. Stephan Schulmeister

Am Dienstag, 23.04.2019, referierte der renommierte Ökonom und Wirtschaftsforscher Dr. Stephan Schulmeister zum Thema „Wie wird es weitergehen in Europa und Österreich?“ und überlegte unter der Annahme, dass sich ohne eine Kursänderung die Krise weiter vertiefen wird, was seines Erachtens nun sinnvoller Weise zu tun wäre.

Ich habe vor der Veranstaltung mit Dr. Schulmeister ein Interview geführt: <https://cba.fro.at/404730>
Auch der gesamte Vortragsabend wurde mitgeschnitten: <https://cba.fro.at/404733>

Vortrags- und Diskussionsabend Dr. Reinhold Mitterlehner

Am Mittwoch, 05.06.2019, stellte Dr. Reinhold Mitterlehner sein Buch „Haltung – Flage zeigen in Leben und Politik“ vor. Er ging dabei auch speziell auf Themen wie politischer Stil, Populismus

Flüchtlingskrise sowie das aktuelle Ende der Türkis-Blauen Regierung ein. „Mit dem Ende dieser Regierungskoalition ist eine Durchlüftung und ein Aufatmen durch Österreich gegangen“ befand er zusammenfassend.

Die zahlreichen Zuhörer konnten einen ehemaligen Spitzenpolitiker erleben, der sich zu einer pluralistischen Gesellschaft bekannte, vor autoritären Tendenzen in der Politik warnen und sich für eine Kultur der Diskussion, der Auseinandersetzung und der Zusammenarbeit einsetzte. Barbara Eidenberger, Redakteurin der ÖÖ. Nachrichten, führte durch diesen interessanten Abend.

Vor der Veranstaltung konnte ich Dr. Mitterlehner einige Fragen stellen: <https://cba.fro.at/408948>

Vortrags- und Diskussionsabend Prof. Paul Lendvai

Am Montag, 04.11.2019, war Professor Paul Lendvai zu Gast um sein aktuelles Buch „Die verspielte Welt“ vorzustellen. Dabei gab der Journalist, Historiker und Osteuropa-Experte

Mag. Alexander Zens – ÖÖ. Nachrichten
Redaktionschef Prof. Paul Lendvai,
Rudolf Rosenberger – Ökonomen Wilfried,
Christian Aichmayr – Vorstandsvorsitzender
Wiener

Am Montag, 04.11.2019, war Professor Paul Lendvai zu Gast um sein aktuelles Buch „Die verspielte Welt“ vorzustellen. Dabei gab der Journalist, Historiker und Osteuropa-Experte

PTZENZESIL, FÜHRET, RUTZENHAM, OBERNDORF

GEMEINDENACHRICHTEN | 55

JAHRESBERICHTE

ausführliche Einblicke in seine Sichtweisen und Beurteilungen der politischen Entwicklungen in den Nachbarländern Österreichs sowie in Europa aber auch dem Weltgeschehen insgesamt. Neben Inhalten aus seinem Buch, warnte er „vor dem starken Mann“ der von manchen Menschen gewünscht wird, schloste seine Wahrnehmung, dass die Rechtspopulisten in Europa zwar ein Maximum von der EU wollen, aber dafür nur ein Minimum an Verpflichtungen erbringen möchten. Weitere Themen waren u. a. auch sein ehemaliger

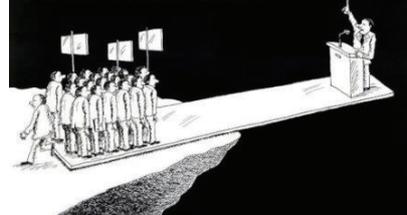
Landmann und Großpreiser George Soró, die Verleihung des Literatur Nobelpreises an Peter Handke und dessen Einseitigkeit zum Jugoslawien Krieg wie auch der Brexit. Durch den spannenden Abend führte ÖÖ. Nachrichten Politikredakteur Mag. Alexander Zens.

Prof. Paul Lendvai war gerne bereit, sich vor dem Abend mit mir für ein Interview zu treffen: <https://cba.fro.at/432005> Gleichfalls sagte er zu, das die gesamte Veranstaltung aufgeschrieben werden kann: <https://cba.fro.at/432931>

Alle vier Veranstaltungen fanden im Veranstaltungszentrum Oberndorf bei Schwannstadt statt, vom Interesse an diesen Zeugnissen die zahlreichen interessierten Besucher. Das bestärkte den Verein W(e)SO natürlich, weiterhin aktuelle gesellschaftspolitische Themen bewusst zu besetzen um einen Diskurs in der Bevölkerung anzuregen.

Christian Aichmayr
Vorstandsmitglied
Schriftführer W(e)SO

Das Volk erkennt nicht seine wahre Macht



ZUM ABSCHLUSS EINE METAPHER - DIE SCHWIERIGKEIT ES ALLEN RECHT ZU MACHEN

Ein Vater zog mit seinem Sohn und einem Esel in der Mittagsglut durch die staubigen Gassen von Keshan. Der Vater saß auf dem Esel, den der Junge führte. „Der arme Junge“, sagte da ein Vorübergehender. „Seine kurzen Beinchen versuchen mit dem Tempo des Esels Schritt zu halten. Wie kann man so faul auf dem Esel herumsitzen, wenn man sieht, dass das kleine Kind sich müde läuft.“

Der Vater nahm sich dies zu Herzen, stieg hinter der nächsten Ecke ab und ließ den Jungen aufsitzen. Gar nicht lange dauerte es, da erhob schon wieder ein Vorübergehender seine Stimme. „So eine Unverschämtheit. Sitz doch der Bengel wie ein Sultan auf dem Esel, während sein armer alter Vater nebenherläuft.“

Dies schmerzte den Jungen sehr und er bot den Vater, sich hinter ihn auf den Esel zu setzen. „Hat man so etwas schon gesehen?“ keifte eine schleierverhangene Frau „solch Tierquälerei! Dem armen Esel hängt der Rücken durch, und der alte und der junge Nichtsnutz ruhen sich auf ihm aus, als wäre er ein Diwan, die arme Kreatur!“

Die Gescholtenen schauten sich an und stiegen beide, ohne ein Wort zu sagen, vom Esel herunter. Kaum waren sie einige Schritte neben dem Tier hergegangen, machte sich ein Fremder über sie lustig. „So dumm möchte ich nicht sein. Wozu führt ihr die Esel spazieren, wenn er nichts leistet, auch keine Nutzen bringt und nicht einmal einen von Euch trägt?“

Der Vater schob dem Esel eine Hand voll Stroh ins Maul und legte seine Hand auf die Schulter des Sohnes. „Gleichgültig was wir machen“, sagte er „es findet sich doch jemand, der damit nicht einverstanden ist. Ich glaube, wir müssen selbst wissen, was wir für richtig halten.“

Aus dem Buch „Der Kaufmann und der Papagei“ von Nossrat Peseschikan

Peschchikan, geb. 1933, armenischer Herkunft, gestorben 2010, ist 1954 nach Deutschland gezogen war Neurologe, Psychiater und Psychotherapeut und hat in der „positiven Psychotherapie viel mit orientalischen Geschichten und Gleichnissen“ gearbeitet.

Und zum Schluss noch ein Zitat des Dalai Lama: „Nichts existiert unabhängig!“

Christian Aichmayr, 29.02.2020

Vortrag 3 - Dr. Martin Gollner

POLITISCHE BILDUNG

Vortrag für Bürgerlisten Oberösterreich-Politische Akademie
 29.2.2020 13:15-14:00
 Dr. med. univ. Martin Gollner
 Gemeindearzt

Grundprinzipien einer Gruppe

Charakteren einer Gruppe

Mehr-Ebenen-Modell

GRUPPENDYNAMIK

I AUFTAUEN = UNFREEZEN
 II VERÄNDERN = CHANGE
 III STABILISIEREN = REFREEZEN

Gruppendynamik-Gruppenanalyse-Gruppenprozess

Allgemein

- möglichst ohne Zensur zu äußern, was einem spontan in den Sinn kommt.
- tendenziell wird eine wertende, verstehende und am Verstehen interessierte Haltung gefördert.
- Zielgerichtete Interpretation
- Gruppendynamik ist etwas was kontinuierlich zwischen Menschen zwingend passiert.
- Eine Gruppe ist wie ein eigenständiger Organismus- Wir waren das.
- Es wird ein sozialpsychologisches soziologisches und tiefenpsychologisches Konzept und Theorien aufgeschlagen zum Verständnis von Gruppenphasen und Gruppenprozessen.
- Was ist eine Gruppe?
- relative Kleinheit: 3-ca 25 Personen
- unmittelbarer (face to face) Kontakt
- gemeinsame Ziel und Werte
- relatives zeitliches Überdauern
- Was ist Position?
- beschreiben den formalen Platz, den jemand in einem System hier Gruppe hat
- Was ist Funktion?
- das ist der abgegrenzte Aufgabenbereich, der Beitrag, der durch ihn/sie in der Organisation zu leisten ist.
- Was ist Rolle?
- beschreibt die soziokulturell vereinbarte Verhaltenserwartung

Gruppenanalyse

- **Grundprinzip der Gruppendynamik:**
 - Aufbau
 - Verändern
 - Stabilisieren
 - Jeder muss für sich sein eigenes „back home“ ins Auge fassen.
 - Allgemeine Rang Dynamik am Beispiel der politischen Gruppe TCP
 - Alpha ist eine Position, aus der eine Bewegung vorgeschlagen wird und entsteht, es gibt vorerst keine Bewegungsrichtung nur eine Aufregung (Wir-Beziehung)
 - Alpha bekommt seine Position durch die attraktivste Konfrontation mit einem äußeren Gegner.
 - Beta ist die Position am Rande, die mitmacht, aber auch andere Ziele im Auge hat. Ihr Gewicht hängt von der Distanz zu Alpha ab. Das Beta-Engagement bleibt daher relativ unversichtlich und muss gegebenenfalls durch Leistung nachgewiesen werden. (Christan)
- Gamma ist der Bereich der Nachfolge, die sich dem Vorschlag aus Alpha anschließen. Erst mit der Nachfolge erreicht der Alpha Anspruch/Wirkgewicht (Wirklichkeit).
- Gamma gehört zum Ganzen der Gruppe und taucht ganz in deren Kollektivität ein. Die Gammas identifizieren sich mit dem Alpha. Sie tragen die Leistung der Gruppe, sind aber nicht mit der Willensbildung belastet. Sie tun die wichtige Arbeit. (Steffi, Elmar, Felix, Helmut, Elisabeth)
- Sie verhalten sich aber auch ihrerseits zum Rang-Leitenden der Gruppe. Gehen die Gammas zögerlich auf jeden Omega-Einwand ein verhalten sie sich resigniert bis barsch und aggressiv!
- Beispiel Garmot war Omega, dann Katrin
- Ist die Abschluss Position dessen, der am längsten gebraucht, um sich die Initiative anzuschließen. Sein Zögern repräsentiert die Gegenkraft, die in der Entscheidung zur Gruppenbewegung überwinden werden müssen. Das Omega ist die Person, die die Gegenposition zum Alpha bildet. Sie hat einen kritischen Blick auf das „G“ und das Alpha sowie das Geschehen in der Gruppe allgemein.
- „G“ die Gegenposition
 Im sozialen Raum gilt: „G“ = Alpha der Gegenbewegung (Wolfgang)

GRUPPENPROZESS

Beobachter aus telozentrischen Positionen sind Personen, die nicht im Zentrum stehen, oder stehen wollen, aber durchaus miterbitten sein können. (Gunnar)

Beobachter aus exzentrischer Position bringt ebenfalls eine eigene Perspektive, wobei hier noch die Sichtweise unter unterschiedlichen Optionen der unterschiedlichen Schichten wesentlich ist, dass Schwächen können auch korrespondierend sein. (Gunnar, Sabrina)

Beobachter aus hyperzentrischer Position (ORF ÖÖN)
 Insgesamt erhöhen sich durch eine multiperspektivische Betrachtungsweise der Facettenreichtum und die Wahrscheinlichkeit, der Gesamtsituation umfassend gerecht zu werden.

Mehr-Ebenen-Modell
 wenn eine Gruppe ein Thema behandelt, gibt es unterschiedliche Perspektiven, wie dieses gesehen wird, zum einen ist es die Perspektive der gesamten Gruppe, wobei die Individuen, die die Gruppe bilden, noch einmal jede eine eigene Perspektive hat, weiter ist wichtig in welcher Situation, Szene und auch Umwelt spielt sich die Gruppenarbeit ab. (Stützpunkt, GH Dabau, Cafe Freilager, eigene Veranstaltung oder als Besucher, privat bei Steffi, bei Elmar, oder ganztags im Hotel Kocher). Die Gruppe arbeitet zwar im Hier und Jetzt, hat aber immer Bezug zur Vergangenheit und Zukunft, sodass sich auch ein Zeitkontinuum ergibt. Hermeneutische Spirale in der Prozessarbeit einer Gruppe bedeutet: fortschreitend im tiefer dringendes Wahrnehmen und Verstehen in Bezug auf die Meinungen außerhalb der Gruppe, der Bevölkerung. Wenn dieser Prozess durchlaufen ist, kommt es zu einer anderen Wahrnehmung.

Speziell
 Die Begegnung und Auseinandersetzung in dieser Spirale zwischen den einzelnen Positionen der Gruppe findet auf der Leib-, Gefühl-, und vernunftebene statt = korrespondierende Hermeneutik (von den Phänomenen zur Struktur) zu den Themen:
 Wahrnehmen
 Erklären
 Verstehen
 Erklären
 zu den Mitgliedern:
 Lernen von einander
 Verlernen von gewohnten Denkmustern
 Lernen die Beziehung zueinander herbeibringen

Theorie-Praxis-Modell anhand einer Fraktionsitzung:

1. Initialphase = Identifizierung und Formulierung des Tagesordnungspunktes. Sammeln von Daten durch alle Beteiligten (Ausschüsse) auf der Sach- und Affektebene.
2. Aktionsphase = Auseinandersetzen aller Beteiligten über Daten und Problemstellung auf der Sach- und Affektebene - Konsens
3. Integrationsphase = Integration der Materialien der Aktionsphase zu konsensgegründeten Konzepten.
4. Neuorientierungsphase = Umsetzen der Konzepte in die Praxis durch Kooperation aller Beteiligten (andere Parteien) d.h. Veränderung der Situation (Fraktionsoblesetzung)

0 = neue Situation

Gruppenleitung

- **Der Parallelprozess**
- Widerspiegelung bezieht sich nicht nur auf die den Vortragenden bewussten Gefühle, sondern auch auf unbewusste Emotionen und innere Widersprüchlichkeiten. Die Schwierigkeit des Leiters ist und es ist seine Aufgabe, sich diesem Mitschwingen der Teilnehmer nicht hinzugeben, sondern das Phänomen nur zu beobachten. Das beinhaltet die Schwierigkeit, auch das eigene Mitschwingen zu erkennen und richtig zu interpretieren und nicht unbewusst zu agieren: d.h., sein Handeln davon bestimmen zu lassen, ohne das Motiv als aus Situation stammend zu erkennen. Es ist Aufgabe des Leiters zu beobachten und zu reflektieren und nimmt in Anspruch und gibt dadurch einen gewissen, wenn auch nicht verlässlichen Schutz, gegen unbewusstes Mitagieren
- **Gruppenregeln**
- Sei dein eigener Chairman, der Chairman deiner selbst
- Sei dir deiner inneren Gegebenheiten und deiner Umwelt bewusst
- nimm jede Situation als Angebot für deine Entscheidungen
- nimm und gib wie du es verantwortlich für dich selbst und andere willst

JOHARI-FENSTER

Das Johari-Fenster lässt sich für die Darstellung des Intergruppen-Prozesses benutzen.

Bereich I: beinhaltet dann das, was der Gruppe (Partei) selbst und auch den anderen Gruppen (Parteien) bekannt ist.

Bereich II: ist der „blinde Fleck“ der Gruppe, dessen Inhalte anderen Gruppen jedoch sichtbar sind.

Bereich III: sind die Dinge, die eine Gruppe oder Partei vor anderen Gruppen oder Parteien geheim hält.

Bereich IV: schließlich ist der Gruppe selbst und anderen Gruppen unbekannt.

Diese vier Bereiche sind im Allgemeinen und auch zu Beginn eines gruppendynamischen Trainingsprozesses keineswegs gleich groß. Häufig ist Bereich I relativ klein d.h. es gibt nicht viel freie und spontane Interaktion. Die Bereiche II, III und IV sind relativ groß.

Im Trainingsverlauf soll nun eine Vergrößerung des Bereiches der öffentlichen Person (I) und einer Verkleinerung der Bereiche II und III erreicht werden.

Bereich IV verkleinert sich unter Umständen auch, gehört aber eigentlich in die Zuständigkeit der Psychotherapie (Martin ist Psychotherapeut).

Positionen in der Allgemeinen Rang-Dynamik soziodynamische Grundformel

Themenzentrierte Interaktion (TZI) ist ein Konzept und eine Methode zur Arbeit in Gruppen (Parteien). Ziel ist soziales Lernen und persönliche Entwicklung. Es ist ein Konzept, das dem ursprünglich gesunden Menschen ein Leben ermöglicht, in dem er gesund bleiben kann. Gesundheit bezieht sich hier nicht bloß auf das individuelle Wohlbefinden, sondern auch auf die politische Verantwortlichkeit in der Welt Ruth Cohen).

Fluss aggressiver und libidinöser Affekte
in Martin
β Christian
γ Elmar, Stephi, Felix, Helmut

TIPS UND TRICKS

- **Postulates:**
- Sprich per Ich nicht per Wir oder per man/frau.
- Wenn du eine Frage stellst, sage, warum du fragst und was deine Frage für dich bedeutet. Sage dich selbst aus und vermeide das Interview.
- Sei authentisch und selektiv in deinen Kommunikationen. Mache dir bewusst, was du denkst und fühlst, und wähle, was du sagst und tust.
- Halte dich mit Interpretationen von anderen solange wie möglich zurück. Sprich stattdessen deine persönlichen Reaktionen aus.
- Sei zurückhaltend mit Verallgemeinerungen.
- Wenn du etwas über das Benehmen oder die Charakteristik eines anderen Teilnehmers aussagt, sage auch, was es dir bedeutet, dass er/sie so ist, wie er/sie ist (d.h. wie du ihn/sie siehst).
- Seitengespräche haben Vorrang. Sie stören und sind meist wichtig. Sie würden nicht geschehen, wenn sie nicht wichtig wären.
- Nur einer zur gleichen Zeit bitte reden.
- Wenn mehr als einer gleichzeitig sprechen will, verständigt euch in Stichworten, über was ihr zu sprechen beabsichtigt.

Diese Hilfsregeln fordern Authentizität, Klarheit und Struktur in der Gruppe (Partei) und sollen Interpretationen, Verallgemeinerungen und auch Chaos verhindern. So schützen sie das Setting in der Partei.

in diesem Zusammenhang auch die 4 Hilfsfragen:

Ist es wahr? Ist es fair? Fördert es die Gruppe?
Fördert es das Gemeinwohl?

GRUPPENINTERAKTIONEN

1. Initialphase = Neues, in der Umsetzung auftauchendes Problem, Datensammlung usw.
2. Aktionsphase = Auseinandersetzung mit anderen Parteien – Konsensfinden
3. Integrationsphase = Integration des neuen Materials. Konzeptrevidierung bzw. Neuformulierung von Konzepten (z.B. Tagesordnungspunkt)
4. Neuorientierungsphase = Umsetzung des revidierten bzw. neuen Konzeptes in Praxis (Gemeinderatssitzung)

Mehrebenen Modell

Petzold besagt, dass eine Person und ihr Umfeld als räumlich und zeitlich gestaffelte Figur/ Hintergrund – Relation gesehen werden muss, als „spatiotemporale Matrix“ als Raum – Zeit – System.

Jeder Mensch trägt in jedem Moment seiner Gegenwart die Ereignisse der Vergangenheit und die Möglichkeit seiner Zukunft in sich. Er/Sie ist als Person nur in diesem Kontext zu begreifen. Dazu kommt das Umfeld, die Person vor dem Hintergrund der aktuellen „Hier und Jetzt“-Situation (I) mit dem Hintergrund Familie (II) allgemeine Lebenssituation (III) Schicht (IV) Kulturkreis (V) und mundaner Zusammenhang (VI). Diese komplexe Situation erfordert eine hohe Exzentrität und Mehrperspektivität und hat für die Arbeit des Parteibmann eine zentrale Bedeutung.

Autor: Dr. Martin Gollner Peuerbach, 21.5.2018

Ursache von Problemen lösen

Unterschiedliche Zielvorstellungen	Konsensbereitschaft
<ul style="list-style-type: none"> • Welche Position • Welche Funktion • Gibt es ein Protokoll • Diskussion-4 Augen-Gespräch • Intene Abstimmung • Entscheidung in welche Richtung 	<ul style="list-style-type: none"> • Grundprinzipien • Charakteren ($\alpha, \beta, \gamma, \Omega$) • Mehr-Ebenen-Modell • Gruppendynamik • Klare Aufgabenteilung • Gruppenprozess

Ortsgruppe Peuerbach

FAZIT

- Beachte Hindernisse auf deinem Weg, deine eigenen und die von anderen. Störungen haben Vorrang (ohne ihre Lösung wird Wachstum erschwert oder verhindert).
- Donau-Uni Krems WS/SS 2017/2018
- politische Bildung
- Dr.med. univ. et med. science Martin Karl Gollner

BÜRGERLISTEN ÖÖ

Danke für die Aufmerksamkeit

Vortrag 4 - DI Reinhold Bräuer



Bürgerlisten können viel bewirken!

Bewußtsein zur Verantwortung schärfen!
Nutzen sie die Chance für die Bürger zu agieren.
Demokratische Verantwortung
Dem Vertrauen der WählerInnen gerecht werden.

Wo gibt's Bioprodukte vom Bräuer Reinhard

- Biofachhandel Gruenling
- Klassischer LEH greenino
- Webshop Paketservice Vom Biohof in die Küche
- NEU ist Verein Bienenhilfe

NEU: Verein „Bienenhilfe & Insektenhilfe“

- Ziel vor ihrer Haustüre Blütenpflanzen auf den Feldern anbauen
- Trinkwasserqualität schützen/verbessern
- Lebensraum schützen mit Verzicht auf Ackerpestizide
- Sie werden das Problem haben, das manche Bauern bis zum Wohnbereich und auch im Ort Pestizide sprühen
- FILM
- Jetzt gibt's die Lösung
- Wir kultivieren gemeinsam Bioackerfrüchte vor ihrer Haustüre
-

Produktschein kaufen

- Über den Webshop kauft man einen Produktgutschein im Wert von 1000Euro oder einen selbstgewählten Wert
- Gutscheine sind grundsätzlich 30 Jahre gültig
- Dieser Bienenhilfsgutschein ist auf 20Jahre fixiert
- Als Lebensmittelgrundlage
- Als Geschenk für Kinder
- Oma und Opa Gutschein

Mit Sonnenblumenkernen die Bienen zu uns zurückholen

- Aus billig Lohnländern Bulgarien, Rumänien,...
- Aber die Bienen sind auch dort
-

Welche Form der Landwirtschaft und Forstwirtschaft wollen sie?

- Welche Lebensmittel-Qualität wollen sie?
- Wie soll ihr Lebensraum und Umfeld kultiviert werden?
- Überlassen sie nichts dem Zufall und schon gar nicht anderen!
- Wer sich nicht kümmert, dann entscheiden andere.

Formen der Landwirtschaft

In Rumänien fahren 3 große Traktoren und eine Person lenkt alle!

- Der Wandel ist im Gang auch bei uns.
- Warten sie nicht zu lange, denn sonst gibt's nur mehr Großbauern in Österreich.
- Industrie-Lebensmittel
- Beispiel Hygiene-Eier; aktuelle Pressemeldung.

Diese Käfig-Eier werden importiert, und nicht von unserer Behörde kontrolliert! Jahrelang! Seit dem Eubeitritt! Der freie Markt zeigt seine Grenzen!!! Wir benötigen Spielregel!

Importe soll/muß man kontrollieren?

- Die Standards im Land müssen auch von importierten Waren eingehalten werden!
- Verfälschte Kostenstellen! Sonst ist es Lohndumping.
- 3 Mio. Festmeter Holz wurden letzten Jahres importiert, obwohl genug Käferschadholz im Land vorhanden ist.
- 18.000ha Biofläche von einem deutschen Großkonzern in Rumänien ermöglichen eine kostengünstigere Produktion.
- Jedoch leben die Bienen in Rumänien!!!
- Wer Bienen in Zukunft bei uns will muß mithelfen!

Projekt Bienenhilfe und Insektenhilfe

- Es ist nicht zu spät die Natur regeneriert sich schnell
- Das Klima braucht länger! Da ist höchste „Eisenbahn“! CO2 und Energie abschöpfen.
- Es gibt vernünftige Wege über Humusaufbau und Wald

Formen der Landwirtschaft

- Für wenig belastete Trinkwasserqualität..gibts nur als Weg BioLandwirtschaft!
- Lebensmittel von hier kaufen, weil es kontrolliert werden kann.
- Am besten ist Selbstkontrolle und bei Projekten mit arbeiten
- Greenino Biolehrer lädt dich ein an Projekten, die wirken, mitzumachen.

Wesentliche Unterschiede bei

- Acker
- Wiese
- Wald
- Gewässer

Einladung zum Gruenlinghof

- Waldbegehung mit Gartenschere und Lederhandschuhe :)
- Douglasienaltbestand
- Naturverjüngung
- Vergleichsflächen
- Bienenhilfsprojekt
- Produktverkostungen,.....

Sonnenblumenprojekt Blühkulturen vor deiner Haustüre

- Für Kindergarten
- Schulen
- Oma und Opa
- Unternehmen werden das Projekt auch unterstützen
-

Webshop

- Gruenling für den Biofachhandel
- greenino für die ganze Welt

Einladung

- Almaftrieb der Weidetierhalter und Freilandtierhalter
- Grillen am Gruenlinghof
- Wer Info möchte bitte in Liste mit email eintragen

Covid 19 – was folgt danach?

Die türkis-grüne Bundesregierung hatte Steuerentlastungen Klima und Umweltschutz als Schwerpunkte des Regierungsprogrammes verkündet. Noch vor der Budgetrede des Finanzministers lehrte uns ein kleiner Virus, von China ausgehend, wie rasch noch so gut angedachte Reformen in den Sand zu setzen waren. Wiederholt wurde das neue Motto „koste es was es wolle“ im Kampf gegen das Virus medienwirksam kundgemacht. Die Wirtschaft mit Ausnahme lebensnotwendiger Bereiche, wurden in einem ad-hoc-Verfahren heruntergefahren, die Folgen daraus sind nicht abschätzbar, zunehmende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, eine Situation wie in den vergangenen 75 Jahren nicht bekannt.

Die Bevölkerung hat mit der „Pandemie“ sowie daraus resultierenden Erlässen, waren sie auch unklar und widersprüchlich, leben gelernt. Der amtierenden Bundesregierung sei in Stammbuch geschrieben „Angst ist ein schlechter Wegbegleiter“ – dies war auch für den als „geduldig“ bekannten Österreicher zuviel. Die Konsequenzen daraus waren bei günstigen Fallzahlen Lockerungen der Sanktionen, jedoch weiterhin geschlossene Grenzen zu den Nachbarstaaten.

War Covid-19 anfänglich eine „Gesundheitskrise“ entstand nun eine Weltwirtschaftskrise deren Gesundung zahlreiche Jahre in Anspruch nehmen wird – daraus resultierende Schäden – nicht abschätzbar. Bezogen auf die Europäische Union, deren Wertigkeit mit dem BREXIT der Briten steigende Werte verzeichnen konnte, ist abermals „Versagen“ vorzuwerfen.

Corona hat auch im eigenen Land schwerwiegende Versäumnisse deutlich gemacht. Anzusprechen sind der Pflegebereich, Gastarbeiten in sogenannten Mangelberufen, sowie der Verkauf bzw. Auslagerung diverser Wirtschaftszweige wie der Pharmabereich. Wenngleich wirtschaftliche Überlegungen als Begründungen angesprochen werden, hat sich Österreich in eine Abhängigkeit – überwiegend China – begeben, welche sich nun äußerst negativ auswirkt. Die heimische Wirtschaft ist für hochwertige Güter bekannt, sodass zum Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit die Notwendigkeit besteht, Medikamente, Schutzmaterialien, Bekleidung usw. vorrangig wieder in Österreich herzustellen, wobei aus „Export“ anzusprechen ist. Unverständlich erscheint mit welcher Begründung die amtierende Regierung an China usw. als Massenerlieferant festhält.

Bei ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnissen war es dem grünen Koalitionspartner ein Anliegen auf die im Regierungsübereinkommen vereinbarten Maßnahmen zum Klimaschutz nicht außer Acht zu lassen. Umweltschutz stellt einen Teil des Klimaschutzes dar welcher durch die Bevölkerung erbracht werden kann, bezüglich des Klimaschutzes ist jedoch die geografische Lage Österreichs zu berücksichtigen, klimaschädliche Einflüsse kenne keine Grenzbalken. Sogenannte Klimazertifikate stellen keinen Beitrag zur Klimaverbesserung dar solange in Russland als auch der BRD Kohle sowohl als Heizmittel als auch zur Kohleverstromung abgebaut werden. In Russland fördern 42 Gruben und 51 Tagbaue jährlich 255 Millionen Kohle Reserve bestehen mit 68 Milliarden Schwarz- und 24 Milliarden Braunkohle, welche ausgebeutet werden sollen. Im Ruhrgebiet wird die Neuausbildung einer

Zeche vorbereitet. Für einen erfolgreichen Klimaschutz werden weitreichende Maßnahmen erforderlich welche im Vorfeld durch genannte Staaten, Russland und Deutschland zu erbringen sind. Österreich alleine kann den Klimaschutz nicht finanzieren, darüber hinaus gilt es vorrangig die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Klimaschutz hat vorerst Nachrang.

Anzusprechen und nicht außer Acht zu lassen sind jene durch die EU angestrebten Freihandelsabkommen. Folge daraus sind z. B. beschleunigte Schlägerungen des Regenwaldes mit dem Hintergedanken einer Gewinnmaximierung. Garant hochwertiger, unveränderter Lebensmittel ist die heimische Landwirtschaft, deren Fortbestand Priorität einzuräumen ist. Führt Corona zu einem Umdenkprozess – ein Klimabeitrag wäre der Verzicht auf Transportwege wie Schiff- oder Luftfracht, dem Vernehmen nach kein Thema für den grünen Regierungspartner.

Nach ca. 9-wöchiger Quarantäne tritt eine Lockerung der Quarantänemaßnahmen ein, per 15. Juni 2020 steht eine Öffnung der Grenzen zur BRD bevor. In den Printmedien wird davon berichtet, dass mit Grenzöffnungen eine neuerliche Flüchtlingswelle, kolportiert werden ca. 140000 Personen, zu erwarten ist, wobei Österreich als bevorzugtes Land angeführt wird. Es ist als bekannt anzunehmen, dass der Zustand der Lager aus welchen Flüchtlinge den Weg in eine neue „Heimat“ antraten/antreten katastrophale Zustände aufwiesen, sodass eine Seuchengefahr nicht außer Acht zu lassen ist. Österreich und unsere Nachbarstaaten werden sich neuerlich verschärften Quarantänemaßnahmen nicht leisten können, sodass bereits im Vorfeld entsprechende Maßnahmen zu setzen sind. Wenngleich Corona in Flüchtlingsbereich nur in geringen Zahlen bekannt ist, es muss nicht Corona sein, ist die Verbreitung anderer übertragbarer Krankheiten mit dem Erscheinungsbild einer Epidemie dringend zu vermeiden, die Sicherung der Binnengrenzen insbesondere im „freien Bereich“ ist sicherzustellen.

Im Interesse unserer Wirtschaft und deren Arbeitnehmer, auch jener Arbeitnehmer welche den Job verloren haben oder sich in Kurzarbeit befinden, ist die Politik mehr denn je gefordert, geben wir nicht auf!

In diesem Sinne

Glück Auf

Gerhard Schmid NR a.D.

Wie sich der UBV von der aktuellen Bauernbund-Politik unterscheidet

Eine Gegenüberstellung aktueller Themen der Land- & Forstwirtschaft bringt Aufschluss.

Der UBV fordert neue Wege in der Agrarpolitik mit folgenden Schwerpunkten:

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik. Landwirtschaft neu denken und gestalten = ökosozial leben.

Wir wollen nicht am Weltmarkt geopfert werden!

Die aktuellen Agrarmodelle sind für die Land- und Forstwirte tödlich. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man schließt wegen der fehlenden ökonomischen Perspektiven die Hofstore oder man stellt sich dagegen. Der UBV stellt sich dagegen, weil wir bleiben wollen.

- Mit dem UBV-Programm soll es wieder wirtschaftliche Perspektiven für die Land- und Forstwirte, also für die heimischen Bauern, geben.
- Die Agrarpolitik mit der GAP – Gemeinsame EU-Agrarpolitik – ist komplett gescheitert.
- Nachstehend der Vergleich der UBV-Konzepte mit dem aktuellen Ergebnis der Agrarpolitik, welche seit dem Krieg der Bauernbund dominiert.

✔ **Wir brauchen 2 bis 3 Mal mehr Einnahmen als aktuell.**

Dann haben wir wirtschaftlich eine Zukunft. Wir bekommen Ausgleichszahlungen ohne Index. Das muss sich ändern. Wir wollen eine Abgeltung je bewirtschaftetes Hektar Kulturland – Index gesichert sowie faire Spielregeln! Dann stimmt die Kaufkraft wieder.

✔ **Der UBV fordert eine unverwechselbare Produkt-Herkunft-Kennzeichnung.**

Für Betrüger gibt es harte Strafen. Die Kontrollen sollen durch AGES, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und AMA erfolgen.



✔ **Der UBV fordert den verpflichtenden Einkauf von AMA-Gütesiegel-Produkten bei öffentlichen Einrichtungen.**

Beim Einkauf von Lebensmitteln für Häuser wie Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Kasernen usw. die Vorgabe, Produkte mit dem AMA-Gütesiegel einzukaufen.



✔ **Die Produzenten müssen selber verpacken.**

Die Puma Schuh-Schachtel enthält auch nicht Adidas-Schuhe. Oder unter der BMW-Motorhaube ist auch kein Audi oder Mercedes. Damit ist man nicht mehr austauschbar.

Ergebnisse der aktuellen Agrarpolitik – seit 1986 stellt der Bauernbund den Minister

Sie reden von Ärmel „hochkrepeln“ und „anpacken“, von „akzeptieren und nicht jammern“! Keiner redet von dem, was eine feige, mutlose Politik, wo nur Marketing-shows zählen, aus der heimischen Land- und Forstwirtschaft machte! Eine Berufsgruppe ohne Perspektiven, die von der Substanz lebt. Agrarvertreter erwecken zudem den Eindruck, es sei alles bestens. Wer dies anders sieht, sei ein Jammerer und Feigling.

- **Bauerneinkommen**
Fast jedes Jahr ein sattes Minus. 2018 MINUS 10 %, Agrarlandesräte und Kammerpräsidenten kassieren aber jährlich bis zu 200.000 Euro.
- Seit dem EU-Beitritt minus 80.000 Betriebe.
- Seit 1986 gibt es nur Bauernbund-Agrarminister.
- Nachstehend das Ergebnis der Arbeit einer Politik ohne Perspektive für die Bauern.

! **Kaufkraft Entwicklung – Beispiele Holz und Milch:**

Holz-Kaufkraft 1990 – für 1.600 Schilling/fm gab es 10 Maurerstunden. Kaufkraft 2019 – für 1.100 Schilling/fm (80 Euro) gibt es knapp eine (1) Maurerstunde.

Milchpreis vor dem EU-Beitritt 1994 rund 7,20 Schilling, heute rund 35 Cent – ca. 4,80 Schilling.

! **Schrankenloser Transitverkehr ohne Kontrollen.**

Täglich fahren tausende LKWs mit Lebensmitteln oder Holz nach Österreich. Ohne Kontrolle ist dem Betrug für falsch deklarierte Waren Tür und Tor geöffnet. Die heimische Produktion bei Lebensmitteln und Holz wird zerstört. Die Aussagen zu den Exporten werden mit jeder Statistik der AMA Marketing widerlegt. Darin steht, was importiert wird. Das liest aber niemand.

! **Keine Verpflichtung für regionale Waren.**

Bis heute gibt es keinen verpflichtenden Einkauf regionaler Lebensmittel in Krankenhäusern, Pflege- und Alteinrichtungen bzw. Kasernen. Dort gibt es meist ausländische Billigwaren ohne Kontrolle. Regionale Waren müssen draußen bleiben. Die Reden über den Einkauf regionaler Lebensmittel sind reine Lippenbekenntnisse. Die Realität beim Einkauf widerlegt dies.

! **Außen: Werbung mit heimischer Kulturlandschaft.**

Innen: Verpackt sind aber ausländische Produkte!

Die Politik erlaubt eine kostenlose Werbung mit der schönen heimischen Landschaft, gestaltet durch unsere Land- und Forstwirte. Eine Bezahlung gibt es dafür nicht. Dafür sind im Regal und am Teller Lebensmittel aus aller Herren Länder. Gastronomie und Lebensmittelhandel werben also mit unserer Kulturlandschaft. Das ist eine Mogelpackung.

Der UBV fordert neue Wege in der Agrarpolitik mit folgenden Schwerpunkten:

- ✔ **Der UBV fordert die Wiedereinführung des steuerfreien Diesels für die Land- und Forstwirtschaft!**
Im EU-Wettbewerb braucht es gleiche Spielregeln. Alle wichtigen Agrarländer in der EU haben diese Lösung. Nur wir nicht. Das muss sich ändern.
- ✔ **Der UBV fordert ein Ende der Registrierkasse.**
Es gilt: Außer Spesen nichts gewesen! Daher fordert der UBV das Ende der Registrierkassen und die Pauschalierung – auch für z.B. Gastronomie und Gewerbe!
- ✔ **Der UBV fordert faire Spielregeln am Markt.**
Keine internationalen Handelsabkommen, bei denen die Land- und Forstwirtschaft die Zeche zahlen soll bzw. keine ausreichende Abgeltung erfolgt. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Land- und Forstwirtschaft die Zeche für andere Branchen sowie deren Profit zahlt.
- ✔ **Der UBV fordert faire Spielregeln sowie eine Leistungsabgeltung für jeden Hektar bewirtschaftetes Kulturland.**
Leistungsabgeltung mit Index je Hektar land- und forstwirtschaftlich bewirtschaftetes Kulturland. Mit dem UBV-Modell haben auch kleinere Strukturen wieder eine Perspektive. Siehe Tabelle auf Seite 4.
- ✔ **Der UBV fordert eine Leistungsprämie für die CO₂-Speicherung in Böden von 200 € je Hektar.**
Wer Geld für Strafzahlungen hat, der hat auch Geld für CO₂-Leistungen. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Klimaretter, kein Sünder!
- ✔ **Der UBV fordert die Zurücknahme der ungerechtfertigten Erhöhung der Einheitswerte.**
Niemand zahlt bei weniger Einkommen mehr Steuern! Nur die Land- und Forstwirtschaft. Man sprach von maximal 10 %, es sind in der Praxis knapp 20 % und bei vielen Betrieben bis zu 100 % und sogar noch mehr!
- ✔ **Der UBV fordert nur einen (1) Mehrfachantrag je Periode sowie eine Änderung der sittenwidrigen Verträge.**
Mehrfachanträge: Der UBV fordert nur mehr einen Antrag in einer Periode und damit ein Ende des wahnsinnigen Bürokratismus für die Bauern.
- ✔ **Maximal 100 % Preisaufschlag bei Lebensmitteln durch den Lebensmittelhandel (LEH).**
Damit wird dem Dumping mit Importen ein Riegel vorgeschoben. Beispiel: Kauft der LEH billig Lebensmittel im Ausland ein, z.B. Milch um 35 Cent, dann darf er die Milch nur um 70 Cent verkaufen. Damit sind weite Transportwege für billige Lebensmittel wirtschaftlich uninteressant. Zahlt er 60 Cent für die Milch, kann er 1,20 Euro als Verkaufspreis definieren. Das würde die Erzeuger bei uns generell stärken. Verdient also der Lebensmittelhandel mehr, verdient auch der Produzent mehr. So passt die Gleichung für beide.

Ergebnisse der aktuellen Agrarpolitik – seit 1986 stellt der Bauernbund den Minister

- ⚠ **In Österreich hat die Bauernvertretung zugestimmt, den Agrardiesel zu streichen.**
Es gibt keine Ersatzlösung! Unsere Land- und Forstwirtschaft wurde in den unfairen Wettbewerb geschickt.
- ⚠ **Registrierkassen eingeführt.**
Bestrafung tausender Bauern und Gewerbetreibender! Es gibt keinen Nutzen, dafür aber viel Ärger und neuen Aufwand sowie Kosten!
- ⚠ **Offizielle Agrarvertreter sind für CETA oder TTIP.**
Das sind internationale Handelsabkommen auf Kosten der Produkte der Land- und Forstwirtschaft. CETA öffnet für die USA die Hintertür nach Europa. Die aktuellen Verträge mit den USA zum Thema Rindfleisch und Soja sind genauso schlecht für unsere Land- und Forstwirtschaft. Es stört die Bauernvertreter nicht! Warum nicht?
- ⚠ **Unfaire EU-Agrarpolitik ist für industrielle Agrarbetriebe ausgerichtet. 10 % der Betriebe kassieren 60 % der Leistungsabgeltungen.**
Im unfairen EU-Agrarkonzept kassieren 10 % der Betriebe 60 % der Gelder, der Rest bekommt 40 %. Betriebsmittelpreise steigen, Erzeugerpreise sinken. Der Bauernvertretung will dieses System erhalten.
- ⚠ **Österreich verfehlt Klimaziele und zahlt dafür bis zu 10 Milliarden Euro an Strafe.**
Die ehemalige Umweltministerin Köstinger gibt zu, dass die Verfehlung der Klimaziele Milliarden kostet (2.5.2019, Die Presse). Dafür hat man also Geld. Für die Leistungen der Bauern aber nicht.
- ⚠ **Massive Erhöhung der Einheitswerte – Land- und Forstwirte zahlen um Vielfaches mehr.**
Mehr Steuern bei weniger Einkommen! Das haben die Präsidenten der Landwirtschaftskammern beschlossen. Alle Präsidenten stellt der Bauernbund. Welche Interessen vertreten diese?
- ⚠ **Die Verträge zu den Mehrfachanträgen sind sittenwidrig bis zum Geht nicht mehr. Der Verwaltungs-Wahnsinn steigt jährlich!**
Seitens der Bauernvertretung gibt es nur Worthülsen. Jedes Jahr – bei jeder Wahl wird viel versprochen, am Ende steigt die Bürokratie wieder.
- ⚠ **Der Lebensmittelhandel fährt quer durch die Welt und unterfährt dann die regionale Produktion beim Preis.**
Die Ministerin wird mit Solidaritätsaussagen durch den Lebensmittelhandel abgespeist. Das Ergebnis eines Solidaritätsgipfels im Jahr 2018 ist, dass der LEH dann – wenn unsere Bauern ernten – Äpfel aus Südafrika, Neuseeland, Chile oder Argentinien ins Regal stellt. Was sind also die Gespräche der (nun wieder) Agrarministerin – die auch das Wort Land- und Forstwirtschaft aus dem Namen des Ministeriums einst gestrichen hatte – nun wirklich wert?

Wir fordern einen Staatsvertrag für jeden Hektar bewirtschaftetes Kulturland durch die Leistungen der Land- und Forstwirte.

II

Der UBV fordert neue Wege in der Agrarpolitik mit folgenden Schwerpunkten:

✔ **Nein zur Bestrafung der Bio-Bauern!**

Es braucht umsetzbare Regeln statt Schikanen! Man muss den Bio-Bauern im Zusammenhang mit der Weideregulierung eine faire Chance geben. Die Bauern jahrelang in Sicherheit zu wiegen und ihnen nun eine Strafe anzudrohen, welche ihre Existenzen vernichtet, ist nicht akzeptabel. Wo sind jene, die sich sonst im Glanz der Leistungen der Biobauern gesonnt haben?

✔ **Stopp des Verbots der Anbinde-Haltung.**

Der UBV fordert eine praxistaugliche Lösung ohne Bittsteller-Charakter bei der Behörde für jene Betriebe, denen bisher ein Umbau ihrer Stallungen aus ökonomischen Gründen nicht möglich war. Ab 01.01.2020 gilt ein Verbot der Anbindehaltung bei Rindern. Dieses Verbot ist nicht praxistauglich und gehört so weg. Bauern werden jetzt zum Bittsteller bei der Behörde. Viele Tierhalter haben nicht die ökonomische Kraft – weil die Einkommen nicht passen – um den Stall umzubauen. Müssen diese jetzt zusperren, weil es eine einseitige Vorgabe in Österreich gibt, welche vom Bauernbund mit Kanzler Schüssel beschlossen wurde?

✔ **Wiedereinführung der Mutterkuhprämie.**

Die Mutterkuhprämie war ein wichtiger Pfeiler für die Mutterkuhhalter. Wir haben im UBV-Konzept dieser Notwendigkeit Rechnung getragen. Der UBV fordert auch die Wiedereinführung einer Prämie für den Zuckerrüben-Anbau und den Erdäpfel-Anbau, bis ein Ersatzmodell – wie der UBV-Plan es vorsieht – umgesetzt wird.

✔ **Ein Ende der Tatsache, dass Österreich fast jede EU-Regel doppelt bis dreifach verschärft.**

Wir fordern den Stopp des Weges, bei dem Österreich in der EU immer die Vorreiter-Rolle spielt. Die Anbindehaltung ist das aktuelle Beispiel. Warum müssen immer unsere Land- und Forstwirte die Versuchskaninchen sein? Ein anderes Beispiel: In der EU ist nun die Käfighaltung bei Legehühnern verboten. Das ist gut so. In Österreich war diese bereits vor 10 Jahren verboten. Doch jetzt kommt der Hammer: Trotz des Verbotes werden jährlich 600 Millionen Eier aus der Käfighaltung nach Österreich importiert!

✔ **Wir fordern Spielregeln und Rahmenbedingungen.**

Ein fairer Wettbewerb funktioniert nur, wenn es Spielregeln gibt, die wirtschaftliche Perspektiven für die Land- und Forstwirtschaft ergeben.

Derzeit ist dieser sogenannte offene Markt eine Einbahnstraße. Daher fordert der UBV dezidiert konkrete Spielregeln ein – in der EU sowie für den Handel über die Weltmeere. Derzeit haben wir keine Spielregeln, sondern eine Willkürherrschaft, wo bei jedem internationalem Handelsabkommen die Land- und Forstwirtschaft die Zeche zahlen darf. Das muss abgestellt werden – sofort.

Ein anderes Beispiel: Hier will man Wirkstoffe im Pflanzenschutz verbieten. Bei importierten Waren im Regal des Lebensmittelhandels spielt das keine Rolle?! Der UBV lehnt dies vehement ab und fordert daher echte Spielregeln!

Ergebnisse der aktuellen Agrarpolitik – seit 1986 stellt der Bauernbund den Minister

! **Wieso weiß die Agrarvertretung nicht, dass man die Biobauern falsch beraten hatte?**

Legionen an Agrariern haben alle wichtigen Agrarthemen seit dem EU-Beitritt von Wien bis Brüssel verhandelt. Warum werden in Österreich ständig einseitig EU-Bestimmungen verschärft oder so interpretiert, dass dann am Ende des Tages unsere Bauern die Zeche für höhere Auflagen oder falsche Vorgaben müssen zahlen?

! **Das aktuelle Tierschutzgesetz wurde von der Schlüssel-Regierung beschlossen.**

Es sollte der Agrarvertretung bekannt sein, dass viele Tierhalter auf Grund der äußerst schlechten bzw. geringen Erträge sowie Einnahmen größte Probleme bei Investitionen haben. Augenscheinlich wird das negiert. Wer nicht mitkann, hat Pech gehabt und muss die Hoftore schließen. Allein in Oberösterreich sind z. B. rund 50 % der Betriebe davon betroffen! Doch wie bei vielen anderen Beispielen hat das „Ärmel hochkrepeln“ nur symbolischen Charakter – es ist also wieder ein „Marketingschmäh“. Die Zeche zahlen wieder einmal die Land- und Forstwirte.

! **Streichung der Tierhaltungsprämie.**

Die Mutterkuhhalter hat man bestraft. Es gibt keine Ersatzlösung. Dazu wurde auch die Anbau-Prämie für den Zuckerrüben-Anbau und den Erdäpfel-Anbau abgeschaffen. Auch hier gibt es keinen Ersatz. Dafür droht im Ackerbau ein Verbot jeglicher Hilfsstoffe, während die ausländischen Mitbewerber bereits im EU-Ausland tun und lassen können, was sie wollen.

! **Österreich verschärft einseitig fast jede EU-Maßnahme. Die Bauernvertretung stimmt dabei immer mit bzw. macht die Vorschläge dafür!**

Wenn die Bauern dann gestraft werden, ist niemand verantwortlich. Was tun also die sogenannten Abgeordneten oder Minister, welche für die Land- und Forstwirtschaft in die Verantwortung gewählt wurden? Egal ob Landwirtschaftskammer, Ministerium, AMA – überall sind die gleichen Akteure am Werk. Wer macht also in Österreich die schlechten Spielregeln, welche die Bauernexistenzen vernichten?

! **Seit 1986 stellt der Bauernbund den Agrarminister. Und seit dem EU-Betritt gab es zwei Perioden hindurch einen EU-Agrarkommissar aus Österreich.**

Das Bauernsterben nahm rasante Fahrt auf – bis heute – und kein Ende ist in Sicht. Im Gegenteil: Die aktuelle EU-Abgeordnete und Bauernbund-Spitzenkandidatin Simone Schmiedtbauer betonte in einem Interview mit dem Kurier am 28.12.2019:

Die Bauern seien selber schuld an ihrer Situation. Wenn sie scheitern, treffe die EU keine Schuld. Selten hat eine "Vertreterin" der Land- und Forstwirtschaft den Bäuerinnen und Bauern derart frech wie unverblümt mitgeteilt: "Wer es nicht schafft, sich den unfairen Spielregeln anzupassen, der hat Pech gehabt!" Aus Schmiedtbauers Sicht passe auch der Weg der EU für die Land- und Forstwirtschaft.



Wir fordern eine verpflichtende, unmissverständliche Produkt-Herkunft-Kennzeichnung bei Lebensmitteln und bei Holz!

Die Kandidatur

Nun haben wir bis jetzt tüchtige Vorarbeit geleistet, unsere Ortsgruppe ist in aller Munde, die Gegner haben uns zuerst totgeschwiegen und dann angegriffen und auch lächerlich gemacht. Das alles haben wir ertragen. Wir haben sachlich ihre Gemeindepolitik kritisiert, Gegenvorschläge in die Bevölkerung gebracht, persönliche Angriffe ignoriert oder diesen sachlich entgegnet. Für uns ist der politische Gegner nicht mies, dumm, hinterhältig, sondern er ist einer anderen Meinung. Es gab keinen Streit, es gab Differenzen auf moralischer Ebene, die auch heute noch bestehen. Aber wenn er unwahr spricht, widerlegen wir ihn. Will er uns austricksen oder nicht oder zu spät informieren, so fordern wir persönlich beim Amtsleiter die Information heraus. Will er uns schaden, unserem Geschäft schaden, so sagen wir das den Leuten. Es braucht Mut und nochmal Mut, diese Dinge beim Namen zu nennen und unsere Meinung zu sagen.

Die Sommerferien stehen vor der Tür, im nächsten Herbst soll der neue Landtag und der neue Gemeinderat und der neue Bürgermeister oder die neue Bürgermeisterin gewählt werden. Wenn man meint, dass da noch viel Zeit ist, der oder die irrt, es ist höchste Eisenbahn. Wir brauchen uns nicht mehr verstecken. Inzwischen haben wir den Gegner auch kennengelernt, wirkliche Aktivisten hat er auch nur eine Handvoll, also da wären wir gleichwertig. Im Gegenteil, wir haben Vorteile. Die ÖVP muss mit ihrem nicht sehr beliebten Bürgermeister in den Wahlkampf gehen, die SPÖ wird aber von einem Sympathieträger geführt, der auch feststeht. Wir haben den Vorteil, dass wir keinen Zwängen unterworfen sind und das sagen wir auf alle Fälle in der Öffentlichkeit. Wir haben die Qual der Wahl und in unserer Stadt haben wir wirklich die Auswahl. Natürlich geht es um den Spitzenkandidaten und die Listenerstellung. Bei unserer Erstkandidatur konnten wir halbwegs sicher nur mit einem Mandat rechnen. Also soll es der Beste von uns sein, aber wer stellt das fest? Jeder glaubt dies ohnehin von sich, wenn er es nicht auch noch sagt.

Lediglich ein Für und Wider bei der Kandidatenreihung aufzählen und entscheiden.

In der Regel wird wohl jener Spitzenkandidat werden, der sich bislang am meisten engagiert hat und von dem auch zu erwarten ist, dass er das auch weiter tun wird, Der Wille und die Fähigkeit zur Basisarbeit ist jedenfalls auf Gemeindeebene unabdingbar.

Der Bürgermeisterkandidat

In den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wird der Bürgermeister direkt gewählt d.h. von der Bevölkerung gewählt. Auch hier ist die Überlegung am Platz, nur dann zu kandidieren, wenn einigermaßen eine Chance besteht, diesem Wahlziel wenigstens nahe zu kommen. Mit einem realitätsfremden Bürgermeisteranspruch kann man sich leicht an der Grenze zur Lächerlichkeit bewegen und Gefahr laufen, nicht ernst genommen zu werden. Dies ist umso mehr von Bedeutung, da die Großparteien dies auf alle Fälle von uns behaupten werden. Entschließt sich eine Ortsgruppe zur Kandidatur, dann gilt das für den Spitzenkandidaten einer Gemeinderatsliste Gesagte umso mehr. Besonders wenn die tatsächliche Chance, das Ziel zu erreichen unwahrscheinlich ist und die Kandidatur nur als weiteres Wahlkampfangument gegen die politischen Mitbewerber zu sehen ist, sollte auf die Sympathiewerte unseres Kandidaten größtes Augenmerk

gelegt werden. Hat man sich zur eigenen Bürgermeisterkandidatur entschieden, dann muss der Wahlkampf oder das Wahlwerben besonders auf dessen Person gerichtet werden. Es bedarf auch einer Wahlstrategie, falls der Spitzenkandidat dann tatsächlich Bürgermeister wird, seine Bürgerliste jedoch nur einige wenige Mandate macht, ob er auch fähig ist, im Spiel der freien Kräfte Mehrheiten zu finden für seine Politik und die der Bürgerliste.

Der Landtagskandidat

Nicht anders verhält es sich für einen Spitzenkandidaten auf Landesebene, auch die>Listenerstellung ist der einer Gemeinderatslist ähnlich, es reden nur und sollen auch mehr mitreden. Zum einen die Bezirkssprecher, so sie denn ernannt oder gewählt oder beides sind, zum anderen der Vorstand. Ein Wahlwerbungsteam darf erst nach der Entscheidung agieren und seine Strategie soll sobald eine>Listenerstellung vonstatten geht schon auf den möglichen, wahrscheinlichen Spitzenkandidaten abzielen. Was ist seine Stärke? Was ist sein Beruf? Was ist mit seiner Familie? Wie steht es mit seinen Finanzen? Was ist seine Schwäche? Kann er einer Livekonfrontation der Spitzenkandidaten im Fernsehen standhalten? Wie steht es um seine psychisches und physische Gesundheit usw.

Erst dann geht man an die Medien.

Beachte: der Erstgenannte ist oft nicht der Spitzenkandidat! Der Selbsternannte auch nicht.

Zuerst die Pressekonferenz mit dem Verkünden des Antritts zur Wahl, dann die nächste mit den Kandidaten, dann die nächste mit dem Programm und dann erst ganz zum Schluss die Präsentation des oder der SpitzenkandidatIn.

Steht der Vorstand hinter ihr oder ihm? Wie sehen das die Mitglieder? Was hat er geleistet für die Bürgerlisten Oberösterreich usw. wieder ein Abwiegen des Für und Wider.

Von vielen Vorschlägen und vielen Besprechungen soll dann der Beste vorgeschlagen und gewählt werden am Besten beim letzten Landestreffen vor der Landtagswahl.

Erreicht er/sie tatsächlich ein Landtagsmandat ist auch hier im vor hinein zu überlegen, welche Politik er/sie dann für die Bürgerlisten Oberösterreich macht.

Alles gehört im kleinen Kreis, am besten schon in einer nominierten Arbeitsgruppe mindestens 1 Jahr vor der Wahl besprochen und bestimmt.

Text genommen aus der neuen politischen Akademie der Bürgerlisten Oberösterreich (Der POLAK)

Die politische Gewichtung ist bereits fixiert.

Die Bürgerlisten Oberösterreich sind frei, konservativ und sozial.

Für die Politik für den einzelnen Bürger. unabhängig, aber verbindlich.

Es hat sich zusätzlich ein Bundesvorstand nominiert um eine breite Basis in ganz Österreich aufstellen zu können um unsere Ideen zu verwirklichen und unsere Mitglieder zufrieden zu stellen. Los!

Siegfried Brenn, Gaflenz

Zur Themensammlung für unser Programm möchte ich nochmals Folgendes anregen:

Die aktuellen Probleme sind allgemein bekannt und werden ohne nachhaltige Ergebnisse ausreichend von der politischen Landschaft diskutiert. Klimawandel, Gesundheitswesen, Pensionssystem, Finanzen, etc. Es sind seit Jahrzehnten dieselben Themen. Keine Partei hat eine „Wende“ herbeigeführt und es ist auch keine in Sicht. Aus meiner Sicht muss unser Programm das Ziel haben, auf die evidenten Systemfehler aufmerksam zu machen und den Menschen entsprechende Lösungsvorschläge zu präsentieren. Für mich ist es sinnlos im selben Fahrwasser dahinzugrundeln und immer wieder marginale Korrekturen an den bestehenden Fehlern vorzunehmen.

Welche Systemfehler sind das nun, wo wir Lösungen anbieten können?

1. Verfassungsgemäß geht „Die Macht vom Volk aus“! Da das heute praktisch nicht der Fall ist, sollten wir überlegen, wie wir diesen Systemfehler korrigieren können und damit die bestehende „Scheindemokratie“ abschaffen. In (leider ausländischen) Städten und Gemeinden (Madrid, Rom, Paris, Turin, Utrecht, Kranska Gora, etc., insgesamt ca. 100 Gemeinden auf der ganzen Welt) ist schon entsprechende „Software für Bürgerbeteiligung“ im Einsatz. Hier der Link: www.consulprojekt.org
Wenn dieser Schritt getan ist, können wir über die „Macht des Volkes“, wenn auch nur regional, alle Themen angreifen und auch etwas weiterbringen. Die Einflüsse von außen durch diverse Lobbyisten und anderen Mächten ist ausgeschlossen und die Entscheidungen können in die richtige Richtung gehen.
2. Systemfehler 2: das Geldsystem, Steuergerechtigkeit, Finanzwirtschaft → kann mit Hilfe des Volkes repariert werden,
3. Systemfehler 3: Landwirtschaft, überlebenswichtig, aber da stimmt ja gar nichts mehr,
4. Systemfehler 4: Schulsystem, immenses Verbesserungspotential,
5. Systemfehler 5: Autonomie der Gemeinden, ebenfalls praktisch nicht vorhanden! Wie können wir unsere Gemeinden besser aufstellen? Reform der Bezirkshauptmannschaften?? Die Regionalität muss wieder in den Vordergrund. Die Globalisierung birgt tödliche Risiken für uns kleine Gemeinden!
6. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine würdige Existenz. Nur für sein „DASEIN“ ist er berechtigt, ein ausreichendes Grundeinkommen von der Geburt bis zu seinem Tod zu beziehen.

Eine detaillierte Ausarbeitung der Maßnahmen zu den Programmpunkten sollte in Arbeitsgruppen erfolgen. Insbesondere der Punkt 1, „Bürgerbeteiligung“ ist organisatorisch durchzudenken. Zu allen Punkten gibt es Publikationen von gescheiterten Menschen über praktikable Lösungen, die wir heranziehen können. Vorträge dieser Menschen könnten uns bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Usw.

Es ist mir sehr bewusst, was es bedeutet ein solches Programm aufzustellen, gerade in dieser Zeit. Wir sollten die Krise aber als Chance sehen und die vorhandenen Machtstrukturen „entlasten“.

Nicht die Konfrontation mit dem Bestehenden soll im Vordergrund stehen, sondern über die Findung von neuen Wegen können wir Änderungen herbeiführen.

Damit wir langfristig Wohlstand, Frieden und eine hohe Lebensqualität für unsere Bürger sicherstellen können, sind einschneidende Reformen alternativlos!!!!

Eines ist auch sicher und geschichtlich bewiesen: Wirkliche Reformen kommen immer von unten!

Zum Abschluss ein sehr praxisnahes Zitat von Fabian Scheidler aus der Zeitschrift „brennstoff“: Der 1. Schritt zur Überwindung dieses Systems besteht darin, es ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen, die Legitimität dieses Systems zu bestreiten und es zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen.

Und noch ein Zitat: „Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“ Greta Thunberg (ich bin kein Freund von ihr, aber es ist eine gute Aussage!)

Johann Eberherr, St. Pantaleon

Die Lösung gegen Steuertricks

Gesamtkonzernbesteuerung – was ist das?

BLOÖ fordert ein konsequentes Unterbinden der Steuertricks. Eines, bei dem die Konzerne aufhören, überall Briefkastenfirmen zu installieren und über die Steuersümpfe Gewinne wegzurechnen. Das Modell, das wir deshalb stark machen, heißt Gesamtkonzernsteuer oder Unitary Tax. Anders als heute üblich würde damit jeder Konzern als eine Einheit betrachtet und müsste alle Aktivitäten sämtlicher Töchter in allen Ländern offenlegen.



Die Gesamtkonzernbesteuerung (Unitary Taxation) ist eine Form der Besteuerung internationaler Konzerne in drei Schritten.

Schritt 1

Zunächst wird dabei ein Konzern als eine Einheit betrachtet und muss sämtliche Aktivitäten aller Töchter in allen Ländern offenlegen. Angesichts der globalen Möglichkeiten der großen Unternehmen ist eine solche Berichterstattung längst fällig.

Dafür muss der Konzern in seinem Unternehmensbericht Eckdaten für alle Staaten ausweisen, in denen er selbst sowie sämtliche Töchter tätig sind oder in die er Waren verkauft. Diese Eckdaten beinhalten mindestens die Vermögenswerte, die Lohnsumme, die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze und die Umsätze in dem jeweiligen Staat. Um den E-Commerce zu berücksichtigen, werden die Umsätze immer dem Standort des Käufers zugeordnet. Für einige Branchen sind Sonderregeln vorgesehen. So werden Transportmittel wie Schiffe oder LKW sinnvollerweise den Standorten zugerechnet, zwischen denen sie verkehren.

Schritt 2

Im zweiten Schritt wird mit Hilfe einer Formel der Gewinn des Konzerns nach diesen realen Aktivitäten den einzelnen Ländern zugeordnet. Deswegen spricht man auch von Formelbesteuerung (formulary apportionment). Im einfachsten Fall kann das so geschehen, dass zum Beispiel ein Drittel des Gewinns aufgrund der Vermögenswerte (ohne geistiges Eigentum), ein Drittel aufgrund des Faktors Arbeit (je zur Hälfte nach der Lohnsumme und der Mitarbeiterzahl) und ein Drittel aufgrund der Umsätze dem Land zugeordnet werden.

Schritt 3

Im dritten Schritt wird dann der dem jeweiligen Land zugeordnete Gewinn mit dem nationalen Steuersatz belastet. Auf diese Weise ist es egal, wo die Gewinne anfallen, welche internen Verrechnungspreise der Konzern benutzt, wie viel Zinsen oder Lizenzgebühren von einem Land in das andere überwiesen werden, wo das Unternehmen investiert usw.

Das Ausweisen von Gewinnen in Steueroasen, in denen die Unternehmen sonst nicht wirtschaftlich tätig sind, hätte keine Vorteile mehr.

Insbesondere arme „Entwicklungsländer“, die kaum die Macht oder die Ressourcen haben, eine effiziente Steuerverwaltung aufzubauen, könnten auf diese Weise auf die gleichen Informationen zugreifen wie reiche Industriestaaten. Zugleich ermöglicht das System jedem Land, seine eigene Formel anzuwenden und die Steuerhöhe unterschiedlich festzulegen. Auftretende Besteuerungskonflikte könnten in Doppelbesteuerungsabkommen gelöst werden, so wie es jetzt auch der Fall ist. Langfristig sollte eine gemeinsame Formel aller beteiligten Staaten abgestimmt werden.

Kein Kaninchen aus dem Hut

In mehreren Staaten der USA sowie in Kanada wird die Unitary Tax seit Jahrzehnten angewandt. In den USA wurde diese Form schon Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt. Es ging den Entscheidern darum, Konzerne davon abzuhalten, über Nachbar-Bundesstaaten Gewinne zu verschleiern. Vor allem die Filmindustrie Hollywoods hatte begonnen, nach günstigeren Nachbarstaaten Ausschau zu halten.

Die Zuordnung der Gewinne zu den Bundesstaaten funktioniert erfolgreich, allerdings endet die Berichterstattungspflicht an den Grenzen der USA („water's edge“). Diese Begrenzung wurde auch vorgenommen, weil andere Staaten die Behandlung der Konzerne als Einheit skeptisch sahen und Druck auf die USA

Drei Gründe gegen die Senkung der Konzernsteuern

- 1. Die Allgemeinheit verliert
- 2. Steuerdumping wird angeheizt
- 3. Kleinere Betriebe zahlen drauf

1. Die Allgemeinheit verliert

Die geplante Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent kostet uns alle rund 1,5 Milliarden Euro. Allein große Konzerne würden sich dabei rund 1,25 Milliarden Euro ersparen.

Zum Vergleich:

- Mit 600 Millionen Euro könnten wir mobile Pflege und Pflegedienstleistungen ausbauen und 20.000 neue Jobs schaffen.
- Mit rund 900 Millionen Euro könnten wir eine Offensive für kürzere Arbeitszeiten starten und
- Mit 1,5 Milliarden Euro könnten wir uns österreichweit ganztägige Betreuung in Kindergärten und Schulen leisten.

Sind die Steuerbeiträge gerecht verteilt, tun sie niemandem weh. Statt weiteren Kürzungspaketen könnten wir unser gemeinsames Haus ausbauen und ein besseres Angebot an öffentlichen Leistungen finanzieren. Derzeit sind die Steuerbeiträge allerdings ungerecht verteilt. Denn jene, die am meisten haben, tragen zu wenig bei – auch weil große Vermögen, Erbschaften und hohe Kapitaleinkommen nichts oder viel zu wenig beisteuern.

Statt diese Ungerechtigkeit zu beenden, schafft die Regierung die Mindestsicherung ab, kürzt bei Arbeitsmarkt- und Integrationsprojekten und versucht die Menschen nach Herkunft oder sozialem Status auseinanderzudividieren. Das gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

2. Steuerdumping wird angeheizt

Die Steuersätze für Konzerne sind im Sinkflug. Seit dem Jahr 1980 haben sie sich weltweit von etwa 42 auf rund 22 Prozent halbiert!

Zusätzlich verringern Konzerne ihren Steuerbeitrag durch Steuertricks und Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe, was zu weiteren Steuerausfällen in Milliardenhöhe führt.

Das Gerede von der verbesserten „Wettbewerbsfähigkeit“ ist Unsinn. Wenn alle Länder beim Steuerwettbewerb nach unten mitmachen, stehen letztendlich alle schlechter da. Am Ende leisten Konzerne überall weniger Beiträge – und die Mehrheit der Menschen zahlt die Zeche. Zudem führen niedrigere Steuern auf Konzerngewinne in erster Linie nicht zu mehr Investitionen, sondern zu mehr Finanzspekulation und Gewinnausschüttungen an AktionärInnen.

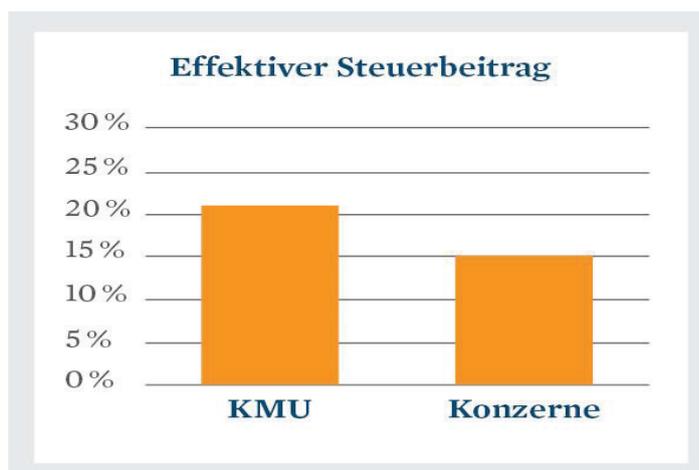


3. Kleinere Betriebe zahlen drauf

Multinationale Konzerne haben einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber lokalen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Durch Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe zahlen Konzerne effektiv rund 30 Prozent weniger Steuern.

Jetzt schon konzentriert ein kleiner Prozentsatz von Konzernen den Großteil der Gewinne auf sich. Diese Konzerne werden von einer Senkung der KöSt nochmals übermäßig stark profitieren. Gleichzeitig hätten 86 Prozent der Unternehmen gar nichts davon, weil sie kaum Gewinne machen oder als Personengesellschaften keine KöSt, sondern Einkommensteuer zahlen.

Konzern-AktionärInnen hingegen würden doppelt profitieren: von höheren Gewinnausschüttungen (Dividenden) und von deren niedrigen Besteuerung. Denn Dividenden werden im Gegensatz zur progressiven Steuer bei Löhnen immer nur mit 27,5 Prozent besteuert – egal wie hoch der ausgeschüttete Gewinn ist.



Daten und Information von Attac



BÜRGERLISTEN ~~Ö~~Ö

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 17.9.2020

10:00 Uhr

Presseclub Saal C - Linz - Landstraße 31

„Neue politische Kraft in Oberösterreich - Zusammenschluss
und Netzwerk der Bürgerlisten im Land Oberösterreich“

Gründung Bürgerliste Krenglbach - Mitglied der BLOÖ

Am 8.6.2020 um 19:00 Uhr im Wirtschaftspark
Haiding gründet sich wieder eine neue
Bürgerliste.

Wir sind stolz, wieder ein neues Mitglied
begrüßen zu dürfen.

Nationales Treffen der Bürgerlisten Österreich

wann: 19.9.2020, 11:00 Uhr

wo: Hart bei Graz

wer: Sprecher der Bürgerlistenverbände
der Bundesländer

Jetzt Karten sichern! Adventträume 2020



PEUERBACH | Auch 2020 werden am
5. Dezember im Melodium Peuerbach
wieder die „Adventträume des Schla-
gers“ veranstaltet. Sichern Sie sich be-
reits jetzt Ihre Karte für dieses bereits
zur Tradition gewordene Event. Je
früher desto besser! So haben Sie die
Chance sich einen der begehrten Sitz-
plätze zu sichern, da diese - wie aus
den Vorjahren bekannt - immer sehr
schnell vergriffen sind. Nützen Sie da-
her schon jetzt diese Gelegenheit zum
Kauf Ihrer gewünschten Eintrittskarte
in den Kategorien A, B oder C. Der Vor-
verkauf hat bereits begonnen!

KARTEN-HOTLINE
0676/3491100